

FREIHEIT UND RECHT

Halbjahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V.

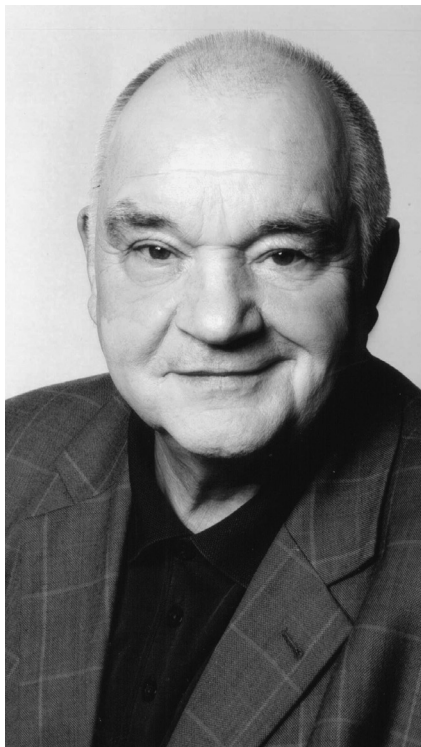
Juni 2013/1

Wetterleuchten am Horizont der Freiheit

Der Aufstand vom 1. August 1953 im Lager Nr. 10 von Workuta

Von Gerald Wiemers

Ein politischer Neuanfang schien auch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) greifbar nahe. Doch die Sorge vor einer neuen Diktatur wuchs von Tag zu Tag. Die im Schatten der sowjetischen Besatzung agierenden deutschen Kommunisten ließen keinen Zweifel an ihrem absoluten Machtanspruch. „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“, lautete Ulbrichts berühmt gewordene interne Gebrauchsanweisung. Dazu war ihnen jedes Mittel recht. So genannte Informanten denunzierten ahnungslose Bürger, die Kritik übten, bei den sowjetischen Dienststellen. In geheimen Verhören, ohne Rechtsbeistand, wurden die Verhafteten durch methodisches Foltern zu Geständnissen gepresst, die häufig mit „Urteilen“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit, Zuchthaus oder gar zum Tode führten. Tausende andere kamen ohne Verhör oder Urteil in ein ehemaliges KZ innerhalb der SBZ/DDR, die nun als Speziallager weiter geführt wurden. Bis 1953 verhängten Sowjetische Mi-
(Fortsetzung Seite 3)



Der Autor

Professor Dr. Gerald Wiemers ist Historiker und Archivwissenschaftler. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der Nazi- und SED-Diktatur sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig.

Hans-Jürgen Grasemann
**Aufstand für
die Freiheit**

Seite 5

Ernst Eichengrün
**Schulbücher
schüren Vorurteile
gegen Israel**

Seite 8

Ulrich Fritz
**KZ-Friedhöfe
in Bayern**

Seite 11

Waldemar Ritter
**Der Hitler-Stalin-Pakt
und seine Folgen**

Seite 13

Lars Mentrup
„Freiheitsbäume“

Seite 20

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----------|
| Gerald Wiemers Wetterleuchten am Horizont der Freiheit Aufstand im Lager Nr. 10 von Workuta | Seite 1 |
| Nationalfeiertag | Seite 2 |
| Impressum | Seite 2 |
| Hans-Jürgen Grasemann Aufstand für die Freiheit 17. Juni 1953 | Seite 5 |
| Kuba (Kurt Barthel) „Wie ich mich schäme“ | Seite 7 |
| Bertold Brecht Die Lösung | Seite 8 |
| Ernst Eichengrün Schulbücher schüren Vorurteile gegen Israel | Seite 8 |
| <i>Online-Angebot und Spendenbitte</i> | Seite 10 |
| Ulrich Fritz KZ-Friedhöfe in Bayern | Seite 11 |
| Waldemar Ritter Der Hitler-Stalin-Pakt und seine Folgen | Seite 13 |
| Gerald Wiemers Erschossen in Moskau: Günter Malkowski | Seite 15 |
| Waldemar Ritter Sarah Kirsch ist tot | Seite 16 |
| Robert Hagen <i>Aus dem BWV-Bayern</i> Vor 68 Jahren: Amerikanische Truppen befreiten das KZ Dachau | Seite 18 |
| Lars Mentrup „Freiheitsbäume“ | Seite 20 |
| Neuerscheinungen | Seite 22 |

Nationalfeiertag

Das klingt nach Paul Watzlawicks „Anleitung zum Unglücklichsein“: Die Entscheidung, der Schildbürgerstreich, von 1990, den Tag der deutschen Einheit vom Datum 17. Juni auf das juristisch korrekte Datum 3. Oktober zu verschieben. Der einstige Ruf von Leipzig „Wir sind das Volk“ beinhaltet eine Überlegung, die so aussehen könnte: Die Austrocknung des mit dem 60. Jahrestag wieder sichtbar gewordenen prallen Lebens des Arbeiteraufstandes durch Einheften in den korrekten Akten-

ordner – das kann’s doch nicht gewesen sein. „Der 17. Juni 1953 verweist auf 1989“ (Ehrhart Neubert). Die Zeit ist gekommen für eine breite, von Kulturbetrieb, Wissenschaft, politischer Bildungsarbeit und Politik nachhaltig unterstützte Volksbewegung – für ein „Kuratorium Nationalfeiertag“, das sich am Tag nach der Unterzeichnung und Verkündung des neuen Gesetzes über den Feiertag 17. Juni durch den Bundespräsidenten, wieder auflöst.

Die Redaktion

FREIHEIT UND RECHT

**Halbjahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V., www.bwv-bayern.org
Vorsitzender: Dr. Helmut Ritzer, Kochstraße 21, 91054 Erlangen

Redaktion: Jürgen Maruhn, Tel. 089/1576813, E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de

Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

- Die Verhaftung des „Spions“ L.P. Berija im Juni 1953, der immerhin zum inneren Zirkel des allmächtigen Politbüros der KPdSU gehörte.

Nun schien die Befreiung der seit Jahren dahin vegetierenden und ausgemergelten Häftlinge in greifbare Nähe zu rücken. Die schnell gebildete Streikleitung der politischen Häftlinge des Lagers Nr. 10, Schacht 29, forderte in einer zweiseitigen Eingabe an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR:

1. die Freilassung aller politischen Häftlinge aus den Lagern;
2. die Möglichkeit einzuräumen, dass Ausländer in ihre Heimat zurückkehren können;
3. Garantien für die Strafflosigkeit für alle am Streik Beteiligten.

Das waren politische Forderungen, die über einen gewöhnlichen Arbeitskampf weit hinaus reichten. Die Führung in Moskau hatte das erkannt. Nach langem Zögern kam der Befehl durch Generalstaatsanwalt Roman Rudenko, den Aufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen. Das Streikkomitee hat die disziplinierte Arbeitsniederlegung organisiert. Es gab keinen Anlass für die Eröffnung des Feuers. Rudenko selbst war mit der Vorbereitung und Durchführung des Prozesses gegen Lawrentij Berija in Moskau beschäftigt. Nach Workuta hatte er seinen Stellvertreter, Oberjustizrat M.D. Samochin entsandt.

Horst Schüler, Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta, schildert eindrucksvoll in seinem Buch „Workuta. Erinnerungen ohne Angst“ die damaligen Ereignisse. Gleiches gilt auch für die Berichte von Heini Fritsche und dem leider zu früh verstorbenen Sigurd Binski.

„Am 1. August 1953“, schildert Horst Hennig den Vorgang, „stand ich 10.25 Uhr mit etlichen hundert Leidensgenossen auf der Lagerstraße, vereint im gemeinsamen Streik. Mehrere Kompanien der MWD-Truppen unter dem Kommando hoher Offiziere aus Moskau rückten an und eröffneten überraschend das Feuer auf die dichtgedrängte Menge politischer Häftlinge ver-

schiedener Nationen.“ Über ihm verblutete der lettische Pfarrer Janis Anton Mendriks. „Ich stand ziemlich vorn“, schreibt Hennig weiter, „in der 7. Reihe. Mein österreichischer Arbeitskamerad, der Ingenieur Karl Schmid, wurde ebenso tödlich getroffen wie zwei junge Deutsche. Nachdem die Truppen das Lager gestürmt hatten, lagen 64 Tote und 123 zum Teil Schwerverletzte auf der Lagerstraße. Ich wurde mit den anderen unverletzt gebliebenen Häftlingen aus dem Lager getrieben und schwor mir: ‚Du darfst diese Verbrechen niemals vergessen!‘“

Die beiden jungen Deutschen, die bei dem Massaker starben, waren Wolfgang Jeschke (geb. 1932 in Berlin) und Hans-Gerd Kirsche (geb. 1929 in Waldheim). Der verletzte Karl Schmid verblutete sinnlos wegen mangelnder medizinischer Hilfe. Ein zweiter, Heini Fritsche, hatte mehr Glück, erhielt selbstlose Hilfe durch einen jüdischen Häftling und überlebte schwer verwundet. Zu den schwer Verwundeten gehörten auch Rudi Sommer, Berlin, Bernhard Schulz, Vaihingen, der heute noch unter den Verletzungsfolgen leidet, Georg Dietrich, früher Köthen, oder Heinz Möbius, früher Mittweida. Andere überstanden, weil die Leichen ihrer Kameraden einen Schutzschild bildeten. Das geschah nicht im Krieg, sondern acht Jahre später, Monate nach Stalins Tod, in einem von vielen Strafärbeitslagern der „sozialistischen“ Sowjetunion, mit Häftlingen aus zahlreichen Ländern, denen politische Straftaten vorgeworfen wurden - im Namen aller Werktätigen. Das System wirkte fort. Die Auflösung der Lager geschah zögerlich, wohl vor allem ökonomisch bedingt, zuletzt erst drei Jahre nach dem Ende des Diktators. Eine echte Abkehr erfolgte nicht. „Stalinismus ohne Stalin“, nennt das zu Recht Wladislaw He德勒.

Am 15. Oktober 1992 erfuhr Horst Hennig mit der Rehabilitation aus Moskau, wie später nahezu alle anderen politischen Häftlinge, dass auch er aus russischer Sicht unschuldig verurteilt wurde und damit „fünf Jahre, 9 Monate und 5 Tage in Workuta“ unschuldig gelitten hat.

Einige Lebensläufe der politisch verurteilten Gefangenen zeigen darüber hinaus exemplarisch auch für weitere politische Strafgefangene in Workuta, dass die jahrelange Unterdrückung, die Verletzung der elementaren Menschenrechte nicht zur Aufgabe der eigenen Selbstbestimmung führte. Im Gegenteil: unter demokratischen Bedingungen gelang trotz der verlorenen Jahre im hohen Maße die Selbstverwirklichung im beruflichen Betätigungsfeld.

Abschließend sei an einen sowjetischen Offizier erinnert, der zwei Jahrzehnte, ein Viertel seines Lebens, in sowjetischen Lagern verbracht hat, unschuldig, wie die späte Rehabilitation ergab. Im Lager 10, Schacht 29 war er Brigadier und am 1. August 1953 einer der Streikführer: Boris Kudrjawzew (1923-2004), früher Oberleutnant der Roten Armee und nach der Haft Deutschlehrer in Degtjarsk. Mit dem Volksbund der Kriegsgräberfürsorge, über die deutsche Außenstelle in Moskau, gelang es Dr. Horst Hennig, die Angehörigen zu ermitteln und mit ihnen in Verbindung zu treten. In den hinterlassenen autobiografischen Aufzeichnungen von Kudrjawzew, die noch nicht veröffentlicht sind, heißt es:

„1. August 1953 – Möge dieser Tag denjenigen, die den Befehl gegeben haben, auf uns zu schießen, und denjenigen, die diesen verbrecherischen Befehl ausgeführt haben, zur Schande gereichen! Ehre und Ruhm denjenigen, die sich geweigert haben, ihre Väter und Brüder zu töten.“

Die historische Dimension dieses Aufstandes, der als Generalstreik angelegt war, ist noch nicht festgestellt. Wenn die Geschichte Osteuropas neu geschrieben wird, wie es Stefan Karner vorschlägt, dann gehört er in eine Reihe mit den Arbeiteraufständen vom 17. Juni 1953 in der DDR, dem in Posen (Polen) von 1956 und mit dem Volksaufstand in Ungarn vom gleichen Jahr. All das sind frühe Kettenglieder auf dem Weg zur Überwindung des sowjetisch geprägten Kommunismus.

Aufstand für die Freiheit

Das Vermächtnis des 17. Juni 1953

Von Hans-Jürgen Grasemann

„Diese Nation braucht Tage wie den 17. Juni 1953 und die Erinnerung an 1989, um sich selber zu sagen: Wir sind imstande, für die Freiheit zu kämpfen. Es ist eine Nation, die auch daher ihre Würde gewinnt, nicht nur, dass sie große Unternehmen hat, sondern auch, dass sie eine Freiheitstradition hat. Das muss viel stärker in das Bewusstsein dringen.“

Was Joachim Gauck 2003 im Gespräch mit Braunschweiger Bürgern gefordert hat, bestimmt auch zehn Jahre später unsere Gefühle und Gedanken, wenn wir des Tages vor 60 Jahren gedenken, an dem die Auflehnung der Arbeiter gegen die Normenerhöhung und Lohnkürzung zum Widerstand gegen die SED-Diktatur als Ganzes wurde. Der Ruf nach Freiheit, nach Demokratie und nach freien Wahlen, die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen und das vielerorts gesungene Deutschland-Lied haben das SED-System in seinen Grundfesten derart erschüttert, dass nahezu die gesamte DDR-Führung in der Dienstvilla des Hohen Kommissars der Sowjetunion in Karlshorst Schutz suchte, während der sowjetische Stadtkommandant den Ausnahmezustand verhängte, Panzer in die Menschenmenge am Potsdamer Platz fuhren und die ersten Schüsse fielen.

60 Jahre danach gibt es nicht mehr viele Zeitzeugen, die das Rasseln der schweren Panzerketten, die Schüsse und das Schreien der Menschen nicht vergessen können oder gar als Streikführer in vorderster Front standen und von der Justiz der gedemütigten SED zu Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren zu erwarten hatten. „Die Geräusche des niedergewalzten Aufstandes haben sich in mein Gedächtnis gebrannt. Wir hatten die Hoffnung, dass wir die DDR-Regierung stürzen, dass nun

alles besser wird. Dann aber haben die Russen die Leipziger Straße mit ihren nebeneinander fahrenden Panzern regelrecht leergeräumt. Viele sprangen zur Seite. Auf einmal lagen Menschen auf dem Boden. Sie standen nicht mehr auf“, berichtet ein damals 26jähriger. Dem Generalstreik habe er sich angeschlossen, weil er auf eine Änderung der Gesellschaft von Heuchlern gehofft habe, erinnert sich ein anderer Teilnehmer: „Früh waren wir losgezogen am Strausberger Platz in der Nähe der Stalinallee, viele Menschen untergehakt, nicht nur Bauarbeiter, auch Krankenschwestern, Verkäuferinnen, ganze Betriebsbelegschaften, es war ein riesiger Zug. Reiht Euch ein, wurde immer wieder gerufen.“

Der Volksaufstand, an dem sich in über 700 Städten und Gemeinden weit über eine Million Menschen beteiligt haben, hat landesweit 1000 bestreikte Betriebe erfasst. Gestürmt wurden 13 Volkspolizei- und Stasi-Dienststellen und andere öffentliche Gebäude und aus Haftanstalten wurden 1.400 Gefangene befreit.

Der Traum von Millionen Deutschen von Freiheit und deutscher Einheit wurde durch 20.000 Soldaten und 600 Panzer der Besatzungsmacht gewaltsam beendet. Das Scheitern des Freiheitskampfes war auch das Ende des Traumas der SED-Führung, vom Volk nach nur vier Jahren Herrschaft hinweggefegt zu werden. Sowjetische Truppen nahmen noch in der Nacht nach dem 17. Juni 3.361 Personen fest, die DDR-Staatssicherheit ihrerseits 909 Personen. Insgesamt wurden im Juni und Juli 1953 13.000 Verhaftungen vorgenommen.

In den durch „operative Lenkung“ zügig vorbereiteten Schauprozessen gegen „Rädelsführer“ sollten diese

als „Anstifter der Provokationen“ ihre „Drahtzieher in den amerikanischen und westdeutschen Agenturzentralen „entlarven. Die eigens dafür eingesetzten Mitarbeiter von zentralen Gerichts- und Untersuchungsorganen hatten Anweisung, gegen Organisatoren und Anstifter der „Provokationen“ hohe Strafen zu verhängen. Hingegen sollten gegen Arbeiter, die nur zu den Demonstrationen erschienen waren, die milderen Maßnahmen „gesellschaftlicher Einwirkung“ angewendet werden.

Zwar hatte die SED einen konsequenten Personalaustausch von Richtern und Staatsanwälten zugunsten zuverlässiger Genossen vorgenommen. Doch machten Parteiunterlagen zufolge nicht alle bei den politisch befohlenen Prozessen mit. Ein Staatsanwalt hat damals zu Protokoll gegeben: „Ich will lieber aus der Justiz ausscheiden, als an diesen Verfahren mitzuwirken.“ Ein anderer Jurist hat seine Weigerung mit dem Hinweis begründet: „Ich kann keine Freundschaft zur Sowjetunion halten, wenn diese Panzer gegen die Werktätigen einsetzt.“

Dass unter den 1.240 Verurteilten 59 SED-Mitglieder und 197 Mitglieder der FDJ waren, zeigt, dass der erste große Aufstand gegen die kommunistische Macht im sowjetischen Block selbst die Einheitspartei erfasst hat. Aus dem Bezirk Magdeburg wurde nach Berlin berichtet, dass „wegen Ablehnung der politischen Linie der Partei“ 280 Mitglieder und 52 Kandidaten die SED verlassen hätten. Wegen aktiver Beteiligung an den Ereignissen des 17. Juni seien 648 Mitglieder und 110 Kandidaten aus der Partei ausgeschlossen worden.

Ungeklärt ist auch heute noch, wie viele Demonstranten auf den Straßen den Tod gefunden haben. Man-

che Schätzungen gehen von 60 bis 80 Opfern aus, es gibt aber auch Historiker, die die Zahl der Todesopfer mit bis zu 125 beziffern. Eben so wenig ist geklärt, wie viele Todesurteile von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) gefällt worden sind. Nach neueren Forschungsergebnissen sollen mehrere hundert Akteure zu Freiheitsstrafen von 25 Jahren Zwangsarbeit in sibirischen Lagern verurteilt worden sein. Unstreitig ist indessen, dass 18 Personen standrechtlich erschossen worden sind.

Die DDR-Justiz hat zwei Angeklagte zum Tode verurteilt und in Dresden durch Enthauptung hingerichtet. Einer von ihnen war der 41jährige Gärtner Ernst Jennrich, dem vorgeworfen wurde, einen Angehörigen der Volkspolizei bei der Erstürmung der Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg erschossen zu haben. Obwohl ihn das Bezirksgericht Magdeburg im August 1953 vom Vorwurf des Mordes mangels Beweises freigesprochen hat, aber wegen „Boykotthetze und Terror“ lebenslanges Zuchthaus verhängt hat, hat ihn das Magdeburger Gericht in einem zweiten Prozess auf politische Weisung nach Vorgabe des Obersten Gerichts der DDR im Oktober 1953 wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Das Gedenken an die Opfer des Aufstandes für die Freiheit hat selbstverständlich auch jene 18 sowjetischen Soldaten einzuschließen, die nicht auf deutsche Arbeiter schießen wollten und wegen Befehlsverweigerung erschossen wurden. An sie erinnert in Berlin ein Gedenkstein.

Im Westen Deutschlands haben Politiker und Publizisten von Anfang an die Bedeutung der Ereignisse des 17. Juni übereinstimmend bewertet. Der Tag - so Marion Gräfin Dönhoff in der Wochenzeitung DIE ZEIT - „wird einst und vielleicht nicht nur in die deutsche Geschichte eingehen als ein großer, ein symbolischer Tag... Als Demonstration begann's und ist eine Revolution geworden. Die erste wirkliche deutsche Revolution, ausgetragen von Arbeitern, die sich gegen das kommunistische Herrschaftssystem empörten...“ Herbert Wehner beendete im Bundestag eine leidenschaftliche Rede mit den Worten: „Die Arbeiter sind

zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt! Besiegt sind ganz andere. Das wird die Geschichte lehren.“

Im Jahr darauf, mit einigem Abstand vom Volksaufstand, schrieb Willy Brandt 1954: „Der 17. Juni war der eindringlichste Appell an das eigene Volk und die ganze Welt, dass es mit der Spaltung Deutschlands auf die Dauer nicht weitergehen kann.“ Dem Deutschlandlied, das an vielen Stellen, auch vor dem Haus der Ministerien, gesungen worden sei, sei am 17. Juni „ein neuer Klang verliehen worden: Einigkeit und Recht und Freiheit für das Deutsche Vaterland.“

Über viele Jahre hinweg haben sich die Bundesbürger an dem vom Deutschen Bundestag zum gesetz-



Der Autor

Dr. Hans-Jürgen Grasemann (Jg. 1946) war Oberstaatsanwalt in Braunschweig und von 1988 bis 1994 stellv. Leiter und Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter.

lichen Feiertag erhobenen „Tag der Deutschen Einheit“ in großer Zahl an Gedenkveranstaltungen beteiligt, Kundgebungen des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ besucht oder den jährlichen Staatsakt im Bundestag verfolgt. Doch allmählich verblassten für die meisten Westdeutschen die Erinnerungen an den Anlass des Feiertags. Mancher Mahnung zum Trotz freuten sich die Bundesbürger auf einen freien Tag zur besten Jahreszeit und sahen in ihm - wie übrigens auch die Gewerkschaften - eine soziale Erregung. Für Egon Bahr war

der Feiertag deshalb immer eine „Schande“ gewesen: „Die Westdeutschen haben nichts geleistet, als ins Grüne zu fahren.“

Bitter äußerten sich schließlich auch Streikteilnehmer von 1953. Einer von ihnen hat das formuliert, was viele seiner Haft- und Schicksalsgefährten empfanden: „Bei der ersten Jahresfeier saßen wir noch in der ersten Reihe, später in der zwölften, und dann wollte man nichts mehr von uns wissen.“

Bitterkeit hat freilich nicht jeden erfasst. Siegfried Berger, als Streikführer zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, hat sich nach seiner Übersiedlung nach Kiel für Jahrzehnte im SPD-Häftlingsarbeitskreis engagiert. Er, der seinen Willkürrichtern im Gerichtssaal zugerufen hat „Ich nehme das Urteil nicht an!“, bleibt uns auch viele Jahre nach seinem Tod als freundlich zugewandter und positiv denkender Mitstreiter für die Belange der ehemaligen politischen Häftlinge, die ihr Eintreten für Freiheit und Demokratie mit langen Haftstrafen in der DDR bezahlt haben, in Erinnerung.

Das Trauma des 17. Juni 1953 blieb der nie demokratisch legitimierten DDR-Führung bis zu ihrem 1989 vom Volk erzwungenen Ende allgegenwärtig. Dafür sorgten die Freiheitslosungen in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und in Polen 1980. Es waren Signale, dass auch für sie sich eines Tages die Machtfrage wieder stellen wird. Über Jahrzehnte verstrickt in die Lügen vom „faschistischen und konterrevolutionären Putsch“, und vom angeblich „von langer Hand vorbereiteten Tag X“, hat sich ihr Blick auf die Realität verstellt. Selbst Bahros berühmter Satz „Es denkt in der DDR!“, der die Entwicklungen in der DDR-Gesellschaft treffend zusammenfasste, veranlasste die Einheitspartei nicht, auf die Bürger zuzugehen. Politbüro und Staatssicherheit reagierten als Diktatur vielmehr wie gewohnt mit flächendeckender Repression gegen jeden Ansatz von Opposition und deren Kriminalisierung und in der Erwartung, dass die Mehrheit der DDR-Bürger Angst hat, ihre soziale Existenz durch Auflehnung zu verlieren.

Früher mussten Westdeutsche bei Einreise in die DDR immer damit rechnen, dass ihnen Taschenkalender abgenommen wurden, weil darin der 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit vermerkt war. Der Staat DDR demonstrierte eine Allmacht, die immer brüchig war, bis im Sommer 1989 schließlich die Parallelen mit dem 17. Juni 1953 das Denken in der Stasi-Zentrale bestimmte. Legendär ist Erich Mielkes Frage am 31. August 1989 an die um ihn versammelten MfS-Generale: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Ob ihn die Antwort von Oberst Danggriess wirklich beruhigt hat, ist nicht bekannt: „Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.“ SED und Stasi hatten bis zum Schluss

„Schwierigkeiten mit der Wahrheit“, wie es Walter Janka ausgedrückt hat.

Das Vermächtnis von Ernst Reuter hat sich 36 Jahre nach dem Aufstand für Freiheit und Einheit vollendet. Bei der Trauerfeier für die Opfer des 17. Juni vor dem Schöneberger Rathaus hat er Hunderttausenden Berlinern zugerufen:

„Keine Macht der Welt, niemand wird auf die Dauer uns Deutsche voneinander trennen können, wir werden zusammenkommen, wir werden zusammenwachsen, wie wir seit langem in dieser Not innerlich zusammengewachsen sind. Unsere Stadt wird wieder eine Einheit werden, äußerlich wie sie es innerlich immer gewesen ist, und unser Land wird wieder eine Einheit werden in

Freiheit, wie es nach unserem besten Wissen und Gewissen immer gewesen ist und immer hat sein wollen. Die Fahne auf dem Brandenburger Tor ist von unserer Jugend heruntergerissen worden, und diese Jugend wird eines Tages die Fahne der Freiheit auf dem Brandenburger Tor aufziehen.“

Die Vision des Regierenden Bürgermeisters von Berlin von 1953 ist Wirklichkeit geworden. 1989 waren es wieder junge Menschen, die auf das Brandenburger Tor stiegen und vor den Augen der Welt und unter den Begeisterungsrufen von zehntausenden Deutschen aus Ost und West die DDR-Fahne entfernten und die Bundesflagge mit den Farben der Revolution von 1848 aufzogen.

Kuba

Wie ich mich schäme

Maurer - Maler - Zimmerleute. Sonnengebräunte Gesichter und weißleinene Mützen, muskulöse Arme, Nacken - gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik ernährt, man konnte es sehen. Vierschrötig kamt ihr daher... Als wenn man mit der flachen Hand ein wenig Staub vom Jackett putzt, fegte die Sowjetarmee die Stadt rein. Zum Kämpfen hat man nur Lust, wenn man die Ursache dazu hat, und solche Ursache hattet ihr nicht. Eure schlechten Freunde, das Gesindel von drüben, strich auf seinen silbernen Fahrrädern durch die Stadt wie Schwälbchen vor dem Regen. Dann wurden sie weggefangen. Ihr aber dürft wie gute Kinder um neun Uhr abends schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der Deutschen Volkspolizei.

Schämt ihr euch so, wie ich mich schäme?

Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern und künftig sehr klug handeln müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird.

Kuba (Kurt Barthel),

*Nationalpreisträger, Sekretär des
Schriftstellerverbandes der DDR,
in Neues Deutschland
vom 20. Juni 1953.*

Bertold Brecht

Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee Flugblätter verteilen,
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit

Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?

Gesammelte Werke (Bd. 10, S. 1009f.)

Schulbücher schüren Vorurteile gegen Israel

Von Ernst Eichengrün

Es war in den 80er Jahren, als mein Sohn, damals in der 10. Klasse, mir sein Geschichtsbuch zeigte und entsetzt fragte: „Müssen wir wirklich Angst vor einem großen Krieg haben?“ Denn das stand in der Überschrift eines Kapitels: „Bedroht der Nahostkonflikt den Weltfrieden?“

Ich konnte meinen Sohn beruhigen, musste allerdings bei genauerer Lektüre schon eine gravierende Einstellung feststellen. Da hieß es: „Juden wie Araber waren mit den Einzelheiten des UN-Teilungsplanes nicht zufrieden und griffen zu den Waffen“. Richtig war aber: Die Israelis fanden sich mit dem Teilungsplan ab; die Araber hingegen waren nicht nur mit Einzelheiten nicht einverstanden, sondern mit der Teilung an sich. Und sie waren es dann auch, die zu den Waffen griffen, um Israel auszulöschen.

Damals schien mir der Schulbuch-Text eher eine nachlässige Formu-

lierung als eine böse Absicht zu sein, zumal der Artikel dann nicht so schlimm war wie seine Überschrift, zumeist sogar einigermaßen ausgewogen.

Vom Philo-Semitismus zum Anti-Zionismus

Die Einstellungen einer großen Mehrheit der Bundesdeutschen zu Israel waren damals noch positiv. Schuldbewusstsein oder zumindest Schamgefühl angesichts des Holocaust, verbunden mit Mitgefühl mit seinen Opfern, war einer der Gründe. Das Tagebuch der Anne Frank und die Fernseh-Serie „Holocaust“ hatten Generationen tief beeindruckt, umso mehr zitterten bei den beiden Kriegen 1967 und 1974 viele mit Israel. Das palästinensische Attentat auf die israelische Olympiamannschaft in München 1972 rundete das Bild ab.

Später war das alles wie weggeblasen und der Wind drehte sich radikal. Von immer mehr Deutschen wurde Israel die Hauptschuld am Konflikt gegeben, wenn nicht gar die alleinige Schuld. Immer größer wurde die Zahl der Journalisten, denen Israel kaum etwas recht machen konnte. Das wuchs sich zu einem regelrechten Kampagnen-Journalismus aus.

Es fielen und fielen böse Worte in der Öffentlichkeit, auch von Politikern: Apartheid-Regime, Terror, Brutalität, Ausrottungspolitik und schließlich der perfide Vergleich mit der Nazi-Politik. Nicht nur die aktuelle Politik Israels, die man ja im Detail durchaus kritisieren kann, wurde zum Gegenstand einer einseitigen, aggressiven Kritik, sondern etliche gehen sogar so weit, sein Existenzrecht in Frage zu stellen. Der Zionismus wird verteufelt. Manche bedienen sich dabei in Anspielungen

oder ganz offen der Stereotypen, die einst von der klassischen antisemitischen Propaganda benutzt worden waren: Überheblichkeit, Geldgier, Rücksichtslosigkeit, jüdische Weltverschwörung.

Die Einseitigkeit vieler Medien ist gewachsen. Man kann ihnen getrost Voreingenommenheit unterstellen. Das fängt schon bei den Überschriften an: „Israel bombardiert Gaza-Streifen“ hieß es z.B. vor kurzem. Erst versteckt mitten im Artikel fand sich der Hinweis, dass es sich dabei um die Antwort auf einen Raketen-Beschuss aus Gaza handelte. „Israel droht mit Selbstverteidigung“ war vor einigen Jahren eine Überschrift, die sehr zu denken gab.

Kein Wunder, dass heute die Bevölkerung den Nahost-Konflikt als die größte Kriegsgefahr weltweit ansieht. Israel ist für viele zum Störenfried Nr. 1 geworden. Dieser Umschwung in der veröffentlichten Meinung führte also im Laufe der Zeit zu einem Umschwung in weiten Teilen der öffentlichen Meinung. Der frühere Philo-Semitismus war wohl eher eine Schönwetter-Periode. So muss man befürchten, dass die von der Bundesregierung gezeigte Solidarität mit Israel im Ernstfall von vielen Wählern nicht mitgetragen wird. „Selber schuld“, das werden dann manche sagen. Wir kennen ja ein schlimmes Beispiel dafür: Als die USA Saddam zum Rückzug aus dem von ihm besetzten Kuwait zwingen, schoss Saddam zahlreiche Raketen auf das unbeteiligte Israel. Und der Grünen-Abgeordnete Ströbele rechtfertigte das so: Das sei „die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels“.

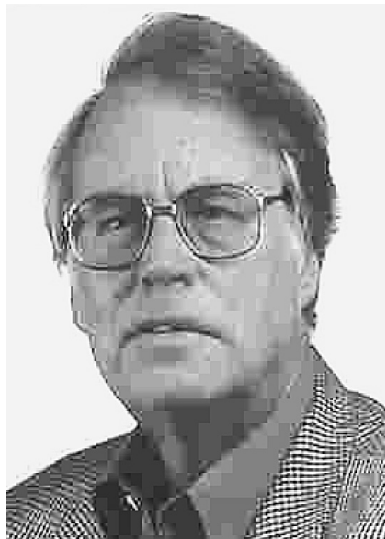
Wie konnte es dazu kommen?

Da gibt es viele Gründe. Ich will mich auf einige wenige beschränken:

Mancher mag die hier lebenden Moslems vielleicht nicht durch Israel-Nähe verärgern und sie mit ihrem Antisemitismus allein lassen. Man trifft sich also im Anti-Zionismus. Ist es bloßer Zufall, dass gerade die Redaktionen, die sich mit Israel-bashing hervortun, auch jene sind,

die jegliche Kritik am politischen Islam als Islamophobie verteufeln?

Beim linken Rand, dem früher niemand Antisemitismus zugetraut hatte, kommen noch hinzu: Zum einen die naive Begeisterung für alles, was sich als nationaler Freiheitskampf verkaufen lässt, was auch die Solidarität mit der Hamas einschließt, zum anderen die Einschätzung Israels als Vorposten des Kapitalismus, als Agent des US-Imperialismus. Also wieder mal eine späte Frucht der 68er. Schließlich ist auf einen gefühlsbestimmten Pazifismus hinzuweisen, der keinerlei Verständnis für Verteidigung hat, so wie er sich früher bei uns in der Parole „Lieber rot als tot“ manifestierte.



Der Autor

Ernst Eichengrün war Bundessekretär der Jungsozialisten (bis 1969), später Vizepräsident des Gesamtdeutschen Instituts und Mitarbeiter des Bundesarchivs.

Das Schulbuch als wichtiger Faktor

Doch nicht nur viele Medien und reisende Agitatoren haben zu diesem Umschwung in der öffentlichen Meinung geführt. Ein zentraler Faktor bei der Meinungsbildung gerade der jungen Leute wurde bisher zu meist übersehen: Das Schulbuch.

Das renommierte Georg-Eckert-Schulbuchinstitut hatte schon vor drei Jahren in einer Studie auf erhebliche Mängel bei der Darstellung Israels hingewiesen, in einer

neuen Studie, von der vorab einiges bekannt wurde, wurde diese Kritik verschärft. Auch eine Ausarbeitung des Journalisten Gideon Böss hat sich jetzt intensiv dieses Themas angenommen und Erschreckendes gefunden:

Viele Geschichtsbücher enthalten zum Nahost-Konflikt massive verbale Exzesse, Fehler und Auslassungen, sie vermitteln demnach oft Einseitigkeit, und zwar bei der Darstellung, der Auswahl der Quellen und der Auswahl der zitierten Experten. So stützen sie vielfach die bestehenden Vorurteile oder schaffen sie erst.

Die Sicherheit Israels war und ist der zentrale Punkt seiner Politik, denn die Araber konnten es sich leisten, mehrere Kriege zu verlieren, Israel kann sich aber keine einzige Niederlage leisten, denn das wäre definitiv sein Ende. Dreimal wurde Israel angegriffen. Zweimal wurde Israel mit massiven Selbstmörder-Kampagnen in Angst und Schrecken versetzt. Immer wieder schlugen Raketen aus Gaza ein, Iran droht mit Auslöschung und rüstet seine Hisbollah auf. Doch wenn Schulbücher diese Fakten nur am Rande oder gar nicht behandeln, dann können Schüler weder das lebenswichtige Sicherheits-Interesse Israels verstehen, noch aus der Historie lernen, wer der eigentliche Schuldige war.

Dabei schien 2000/2001 alles auf einem guten Weg zu sein: Beide Seiten waren sich in Verhandlungen fast einig geworden. Doch es waren die Palästinenser, die damals einen Schritt vor Vertragsabschluss vor dem Frieden zurückzuckten und es mit der 2. Intifada lieber noch mal mit Gewalt versuchten. Was macht der Klett-Verlag daraus: Das sei eine „Reaktion auf die Sackgasse, in der die PLO angesichts der Unnachgiebigkeit Israels festsaß“. Und ein anderes Schulbuch wärmt die selbst von der PLO widerlegte Legende auf, wonach die 2. Intifada nur die Reaktion auf Scharons Tempelberg-Besuch war.

Stattdessen wird die Besatzungspolitik in den Mittelpunkt gerückt, so, als wäre das der einzige Faktor im Konflikt, der isoliert gelöst werden könnte, um Frieden herzustellen.

Wer nicht dazu bereit ist, komplexe Sachverhalte umfassend zu untersuchen, hält es lieber mit der Neigung, diese Sachverhalte monokausal auf einen einzigen Faktor zu reduzieren und die Lösung allein bei diesem Faktor zu suchen. Ein Problem für einen dauerhaften Friedensschluss wird ignoriert: Die fehlende Bereitschaft allzu vieler Palästinenser zu einer friedlichen Koexistenz. Verschwiegen wird, dass die Hamas nach wie vor Israel nicht anerkennen will. Ein Schulbuch geht sogar so weit, zwar ihre Charta abzudrucken - aber ohne die Passage, die die Auslöschung Israels fordert. Verschwiegen werden ebenso die religiöse Dimension des Konflikts, aber auch der historische arabische Antisemitismus.

Die ständige Angst der Israelis wird, wenn überhaupt, nur knapp behandelt. Wenn Israel tötet, dann werden Menschen „ermordet“, wenn Selbstmord-Attentäter töten, dann „kommen Menschen um“. Dass es im ersten Fall meist Terroristen sind, im zweiten aber wahllos Zivilisten, ist nicht der Rede wert. Solche Attentate werden dann auch noch als Taten einzelner und als „hilflose Reaktion“ verharmlost. Dass dahinter die klare Absicht Arafats steckte und

dass die „Märtyrer“ auch heute noch von seinen Nachfolgern glorifiziert und der Jugend als Vorbild hingestellt werden, wird nicht erwähnt. Die Sperr-Anlagen werden gerne so im Bild gezeigt, dass sie eine Parallele zur Berliner Mauer suggerieren.

Sehr breit und emotionalisierend wird dagegen die Lage der Palästinenser geschildert. Die Palästinenser werden meist als Opfer dargestellt, Israel als Täter. Die Palästinenser „leiden unter Verelendung“, heißt es auch schon mal. Dass das Westjordanland in den letzten Jahren ein stattliches Wirtschafts-Wachstum aufweist, steht nirgends. Nicht erwähnt wird, dass die Palästinenser im Westjordanland in fast allen großen Städten volle Autonomie genießen, in anderen Bereichen eine Teil-Autonomie. Durch diese Art der Darstellung werden Verständnis und Sympathie einseitig für die Palästinenser geweckt, wenn nicht gar eine Solidarisierung.

Schließlich wird oft nicht dargestellt, dass es neben den palästinensischen Flüchtlingen aus Israel zugleich auch mindestens eben so viele jüdische Flüchtlinge und Vertriebene aus arabischen Ländern gab, die dort alles verloren.

Eine ausführliche Darstellung unter:

<http://israelkompetenzkollektion.wordpress.com/2013/01/27/israel-in-deutschen-schulen/#more-1476>

Was tun?

Verantwortlich für solche Verzerrungen sind in erster Linie die Schulbuch-Verlage, aber auch die Länder-Ministerien, die so etwas freigeben. Also die Politik! Und schließlich die Lehrer, die die Bücher einführen.

Die neuen Erkenntnisse haben die Medien-Landschaft kaum interessiert. Ob sich das ändert?

Aber können wir Israel zumuten, das so einfach hinzunehmen? Und bitte: Wollen wir das hinnehmen? Hier ist der mündige Bürger gefordert. Warum nicht Landespolitiker ansprechen? Warum keine Leserbriefe schreiben? Und wer Kinder oder Enkel hat, die die noch zur Schule gehen, kann durchaus etwas tun: Das Schulbuch prüfen, den Lehrern ins Gewissen reden, das Problem im Elternbeirat zur Sprache bringen, den Schülern die Fakten erläutern.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern senden wir auch die mit der gedruckten Ausgabe deckungsgleiche Online-Version unserer Zeitschrift. Bitte teilen Sie der Redaktion (E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de, Telefon: 089/1576813) Ihren diesbezüglichen Wunsch und Ihre E-Mail-Adresse mit. Mitglieder des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) erhalten das gedruckte Heft in jedem Falle weiterhin.

Dank an Leser und Autoren

Wir danken unseren Lesern und Autoren für ihre großartige Unterstützung – sei es durch Spenden oder die vorzügliche Mitarbeit an dieser Halbjahresschrift.

Dringende Bitte um weitere Spenden

Wir bitten erneut um viele kleine und gern auch größere Spenden, wo immer dies möglich ist.

Die Konto-Angaben lauten:

**FREIHEIT UND RECHT,
Konto-Nr. 0107982496,
BLZ 701 900 00,
Münchner Bank.**

Herausgeber und Redaktion

KZ-Friedhöfe in Bayern

Ein neues Aufgabenfeld der Stiftung Bayerische Gedenkstätten

Von Ulrich Fritz

Mit der „Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung zum Gräbergesetz“ vom 27. Februar 2013 hat der Freistaat Bayern die Zuständigkeit für 75 KZ-Friedhöfe, Einzelgräber und Gedenkstätten auf die Stiftung Bayerische Gedenkstätten übertragen. Damit hat die Bayerische Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen 16 Jahre nach den beiden großen KZ-Gedenkstätten nun auch ihr zweites Arbeitsfeld abgegeben, das mit der Pflege und Erhaltung von Opferstätten der nationalsozialistischen Verfolgung befasst war. Dieser Verwaltungsakt beendet ein jahrzehntelanges Provisorium, das geradezu sinnbildlich für die Schwierigkeiten (nicht nur) der bayerischen Öffentlichkeit mit den Relikten der NS-Zeit steht.

Das Kriegsende hinterließ in weiten Teilen verwüstetes Europa mit zahllosen Toten. Neben Soldaten und Zivilisten waren dies vor allem Verfolgte und Opfer des NS-Regimes: Kriegs- und Strafgefangene, zivile Zwangsarbeiter, und

nicht zuletzt KZ-Häftlinge. Diese waren in den großen Hauptlagern verstorben, in einem der zahllosen Außenlager und Kommandos, die insbesondere im letzten Kriegsjahr flächendeckende Netze bildeten, oder aber kurz vor Kriegsende auf den Todesmärschen, der letzten Eskalation von Mord und Gewalt. Besonders in Bayern fanden die alliierten Befreier bei ihrem Vormarsch fast an jedem Ort und auf jeder Straße Tote vor – zumeist hastig verscharrt oder nur notdürftig begraben. Umgehend ordneten die örtlichen Militärverwaltungen die Bestattung der Opfer unter Beteiligung der deutschen Zivilbevölkerung an. Im Vordergrund stand dabei die würdevolle Zeremonie. Die deutsche Bevölkerung empfand die Konfrontation mit den Verbrechen an KZ-Häftlingen als ungerechtfertigten Zwang und zeigte in der Regel nur geringes Interesse an der Pflege der Friedhöfe.

Nur vier Jahre nach Kriegsende machte der „Leitenberg-Skandal“ eine grundlegende Neuregelung der

Zuständigkeit für die KZ-Friedhöfe notwendig. Im August 1949 waren bei den schleppend vorangehenden Bauarbeiten für einen KZ-Friedhof am Leitenberg bei Dachau sterbliche Überreste von KZ-Häftlingen ausgegraben und achtlos liegen gelassen worden. Die internationale Empörung veranlasste die bayerische Staatsregierung zur Einsetzung einer Kommission, die sich zunächst einen Überblick über die „KZ-Grab- und Gedenkstätten“ in Bayern verschaffte. Nachdem verschiedene Staatsministerien die Übernahme der Zuständigkeit ablehnten, wurde eine pragmatische Regelung getroffen: Die begonnene Grabanlage auf dem Leitenberg sollte von der Schlösserverwaltung vollendet werden, für alle übrigen Grabstätten, insgesamt fast 500, blieb wie zuvor das Bayerische Landesentschädigungsamt zuständig. Dessen Präsident Philipp Auerbach ließ in der Folge zahlreiche Grabanlagen instand setzen und aufwendig neu gestalten. Das dabei verwendete Baumaterial stammte – Ironie der Geschichte – größtenteils aus dem Flossenbürger Steinbruch, der durch KZ-Häftlinge erschlossen worden war und den nun das gewerkschaftseigene Unternehmen OSTI (Oberpfälzer Steinindustrie) betrieb. Eine weitere Affäre, die mit der Verhaftung und dem Freitod Philipp Auerbachs endete, machte eine grundlegende und für sechs Jahrzehnte gültige Neuorientierung notwendig. 1953 wurde die Zuständigkeit für alle KZ-Gräber und Gedenkstätten auf die Schlösserverwaltung übertragen.

Die aufwendige Würdigung der Toten resultierte nicht nur in einer Neugestaltung der Grabanlagen. In umfassenden Exhumierungsaktionen, initiiert und durchgeführt vor allem von französischen und bel-



Eines von drei Massengräbern des KZ-Friedhofs Schwabhausen. Die beeindruckende Anlage wurde bereits im Sommer 1946 errichtet.

gischen Suchdiensten, wurden die sterblichen Überreste der KZ-Opfer nach Möglichkeit identifiziert und in die Heimat überführt. Viele kleine Friedhöfe und Einzelgräber wurden aufgelöst und auf größere Grabanlagen überführt – nicht zuletzt auf die beiden neu gestalteten Sammelfriedhöfe am Dachauer Leitenberg und in der Gedenkstätte Flossenbürg. Von 493 KZ-Begräbnisorten im Jahr 1949 blieben nach der Zusammenlegung in den 1950er Jahren nur rund 75 Grabstätten übrig. Mit der Würdigung der Toten ging zugleich der historische Kontext und das lokale Wissen um ihr Schicksal verloren. So blieben in Oberbayern von den ehemals über 150 Grabstätten nur 22 übrig, in Niederbayern von fast 90 Anlagen lediglich elf. Dabei ist der Sammelbegriff „KZ-Gräber und -Gedenkstätten“ irreführend. Zwar handelt es sich bei den meisten Opfern in der Tat um KZ-Häftlinge, in einigen Gräbern ruhen jedoch die Insassen von Zuchthäusern (so in Amberg und Straubing), zivile Zwangsarbeiter (im oberfränkischen Rößlau) oder deutsche Zivilisten, die an Widerstandshandlungen teilnahmen (wie in Penzberg). Umgekehrt sind etwa von den Opfern der Todesmärsche keineswegs alle auf staatlich betreuten KZ-Friedhöfen bestattet.

Die Schlösserverwaltung hat sich bleibende Verdienste um den Erhalt der Grabstätten erworben. Gemeinsam mit vielen Helfern vor Ort, die ein Gutteil an freiwilliger Arbeit investierten, hat sie die staatliche Garantie von „Schutz und Pflege“ im Sinne gestalterischer Maßnahmen gewährleistet. Der Entstehungszusammenhang der KZ-Friedhöfe und das Schicksal der dort Bestatteten trat dabei in den Hintergrund. Erst 60 Jahre nach Übernahme der Friedhöfe legte die Schlösserverwaltung eine Dokumentation vor, die aber das von Edith Raim zurecht benannte Grundproblem dieser Orte nicht beheben kann: „Die bei Kriegsende in Massengräbern verscharrten Opfer erfuhren mit pompösen Denkmälern aus Beton eine zweifelhafte Ehrung, die mit einer Mischung aus verbaler und gestalterischer Hilflosigkeit ebenso wie einer ‚Aneignung‘ bzw. Integration der Toten in die (christliche) Friedhofs- und Ge-

denklandschaft (oder Abschiebung auf existierende jüdische Friedhöfe) einherging.“

Die dem Zeitgeist geschuldete Gestaltung und Ausstattung der Gedenkort e erschwert den heutigen Besuchern dieser oftmals entlegenen Orte auch im übertragenen Sinn den Zugang. Viele Friedhöfe und Grabstätten sind weitgehend unbekannt, nur wenige werden regelmäßig besucht, wie etwa die Gedenkstätte im mittelfränkischen Schupf, wo Opfer des KZ-Außenlagers Hersbruck verbrannt wurden. Hier findet auf Initiative von Helmut Ritzer jährlich eine Gedenkfeier zur Erinnerung an



Der Autor

Ulrich Fritz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Bayerischer Gedenkstätten und dort für die Themen „KZ-Außenlager in Bayern“ und „KZ-Grabstätten“ zuständig. Von 2001 bis 2011 arbeitete er an der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg.

die Reichspogromnacht am 9. November 1938 statt.

Es erscheint als folgerichtig und sinnvoll, dass die Zuständigkeit für die KZ-Gräber nun bei der Stiftung Bayerische Gedenkstätten angesiedelt ist, in deren Aufgabenbereich auch die beiden großen KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg gehören. Beide Gedenkstätten haben in den letzten Jahren durch neue Dauerausstellungen und intensive Forschungen den Wissensstand über viele Aspekte des KZ-Systems deutlich erweitern können. Insbesondere die Möglichkeit, Einzel-

schicksale und Verfolgungswege nachzuzeichnen, ist im Zuge umfassender Digitalisierungsmaßnahmen ausgebaut worden. Sichtbare Zeichen dafür sind die voluminösen (Toten-)Gedenkbücher, die – moderneren Präsentationsformen zum Trotz – in beiden Gedenkstätten zu den meistgenutzten Exponaten zählen. Die einmaligen Akten der Schlösserverwaltung bergen möglicherweise die Antwort auf bisher ungeklärte Schicksale. Sie zeichnen zudem ein plastisches Bild des oftmals schwierigen Diskurses rund um das Vergessen und Erinnern an die Verbrechen der NS-Zeit.

Die KZ-Friedhöfe und -Gedenkstätten in Bayern sind mehr als Grabstätten und Baudenkmäler. Sie stellen für die Überlebenden und ihre Angehörigen nicht nur Gedenkort e dar, sondern Stein gewordene Beweise ihres Schicksals. Sie verdeutlichen trotz ihrer heute vergleichsweise geringen Anzahl, dass das Verfolgungssystem der Nationalsozialisten allgegenwärtig war und überall Opfer hinterließ – unter den Augen der Bevölkerung. Sie fordern dazu heraus, unter Wahrung der Pietät Aufklärung zu leisten über die Hintergründe, die zu ihrer Entstehung und spezifischen Gestaltung führten. Diese Aspekte ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, wird in den kommenden Jahren eine Herausforderung für die Stiftung Bayerische Gedenkstätten sein. Die Unterstützung und Mitarbeit aller historisch Interessierten ist uns dabei willkommen.

Für eine knappe Zusammenfassung der bayerischen Gedenkpolitik vgl. Jörg Skriebeleit, Erinnerungsort Flossenbürg. Akteure, Zäsuren, Geschichtsbilder, Göttingen 2009, S. 188-228.

Edith Raim, Rezension von: Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (Hg.): KZ-Friedhöfe und -Gedenkstätten. „Wenn das neue Geschlecht erkennt, was das alte verschuldet...“ . Bearbeitet von Constanze Werner, Regensburg: Schnell & Steiner 2011, in: sehpunkte 12 (2012), Nr. 3 [15.03.2012], HYPERLINK www.sehpunkte.de/2012/03/20875.html (eingesehen am 23.05.2013).

Der Hitler-Stalin-Pakt und seine Folgen

Von Waldemar Ritter

Ich schreibe heute über Polen und Deutschland, über den Hitler-Stalin-Pakt und seine Folgen, über Wladislaw Bartoszewski mit der KZ-Nummer 4427 und werde aus seinem beeindruckenden Interview mit dem Deutschlandfunk umfassend zitieren. Dabei geht es auch um den ZDF-Film „Unsere Mütter, unsere Väter“, in dem eine schlimme Passage in Polen heftig kritisiert wurde, und um ein Denkmal für polnische NS-Opfer und warum das alles miteinander zu tun hat.

Die Bemerkungen beginnen mit dem großen polnischen Patrioten und Europäer Wladyslaw Bartoszewski, der die heutigen deutsch-polnischen Beziehungen als eines der „Wunder der Welt“ bezeichnet und vor vier Jahren ausführte: „Wenn mir jemand vor 60 Jahren, als ich geduckt auf dem Appellplatz des KZ Auschwitz stand, gesagt hätte, dass ich Deutsche, Bürger eines demokratischen und befreundeten Landes als Freunde haben werde, hätte ich ihn für einen Narren gehalten.“

Dieser Widerstandskämpfer für Freiheit und Demokratie gegen Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus hatte sich während des zweiten Weltkriegs dem Widerstand gegen das dritte Reich angeschlossen und wurde führender Aktivist in Kossaks Zegota-Komitee, das 75000 Juden das Leben rettete. 1944 nahm er am Warschauer Aufstand teil, dessen brutale Niederschlagung durch Wehrmacht und SS die Rote Armee am anderen Ufer der Weichsel abwartete. Er verbrachte dann in der stalinistischen Nachkriegszeit sechseinhalb Jahre der Demütigung

und Misshandlung in kommunistischen Gefängnissen und ab 1980, den Streiks und Aufständen gegen das kommunistische Herrschaftssystem sein starkes Engagement



Wladislaw Bartoszewski

in der Gewerkschaft Solidarnosc, deren demokratische Kraft die polnische Revolution ein halbes Jahr vor dem Mauerfall zum Sieg führte. 1995 übernahm er das Amt des Außenministers, trat jedoch zurück, als Aleksander Kwasniewski zum Präsidenten gewählt wurde. Heute ist er außenpolitischer Berater und Generalbevollmächtigter der Regierung für polnisch-deutsche und polnisch-jüdische Beziehungen. Er ist der einzige Politiker in der Welt, der Ehrenbürger des Staates Israel ist. Welch ein Mann der Freiheit, der Demokratie und der Selbstbe-

stimmung, tief verwurzelt in der polnisch-europäischen Geistes- und Kulturgeschichte!

Erinnern wir uns an den Hitler-Stalin-Pakt, vom 24. August 1939, der am 1. September mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg entfesselte. Er enthielt ein geheimes Zusatzprotokoll, das die Aufteilung Polens zwischen dem Nazireich und der Sowjetunion in einem nun beschlossenen imperialistischen Krieg regelte. Ihm waren monatelange Geheimverhandlungen voraus gegangen. Der darauf folgende deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag, der wiederum geheime Zusätze enthielt, so gegen polnische Widerstandskämpfer und Exilpolitiker, wurde am 28. September 1939 abgeschlossen, nachdem die deutsche Wehrmacht das westliche Polen und die Rote Armee Ostpolen angegriffen und militärisch besetzt hatten. Die ersten Folgen waren die Errichtung der Konzentrations- und Vernichtungslager durch die Deutschen, wie Auschwitz, Sobibor und Treblinka, sowie Deportation und Massenmorde durch die Sowjets, wie die Massaker von Katyn, Ostaszkow und Miednoje, oder die Massenmorde von Lemberg im Sommer 1941. Erst nach der mittelosteuropäischen Revolution, erst nach dem Fall der Mauer erklärte der Volksdeputiertenkongress der UdSSR durch ein Mehrheitsvotum am 24. Dezember 1989 den deutsch-sowjetischen Vertrag, den Hitler-Stalin-Pakt und seine geheimen Zusatzprotokolle ex tunc für nichtig, nachdem sie von der Sowjetunion 50 Jahre geleugnet wurden.

In Polen weiß das fast jeder. Sie kennen ihre eigene und die europäische Geschichte. Und fast alle Polen reagieren auch heute noch sehr sensibel, wenn Nazi- und sowjetkommunistische Verbrechen relativiert werden, besonders dann, wenn dies in Deutschland und Russland bewusst oder unbewusst geschieht.

Das letzte Beispiel sind Teile des in Polen heftig kritisierten Films „Unsere Mütter, unsere Väter“, der im Zweiten Deutschen Fernsehen an drei Abenden gesendet wurde. Der Hauptvorwurf lautet, dass in Deutschland Geschichte verfälscht wird, um aus Tätern Opfer zu machen. Und tatsächlich werden in diesem Film, der in vielem das unmenschliche Naziverhalten durchaus realistisch zeigt, Polen als Antisemiten dargestellt.

Wie in jedem Land gab es auch in Polen Halunken, Kriminelle, Übeltäter und Antisemiten. „Aber wenn man das verkürzt, auf ein paar Minuten und nur solche Leute vorstellt, dann ist das falsch“ sagt Bartoszewski sehr zurückhaltend, ein Mann der selbst viele Juden gerettet hat und darauf hinweist, dass „nach dieser Serie kein deutscher Zuschauer weiß, was die Israelis wissen: 7000 polnische Namen sind als Heilige verehrt. Chassid Umot ha-Olam – das sind – hebräisch – Gerechte unter den Völkern der Welt.“ Wissen die deutschen Zuschauer nach diesem Film, wer die ersten Opfer in Auschwitz waren? Polen! Wer waren in Auschwitz die ersten Zwanzigtausend? Polen, Christen, polnische Elite. Wer waren die Priester, die Bischöfe, die Ärzte, die Wissenschaftler, die Professoren und die Menschen aus der polnischen Oberschicht, die von Nazis umgebracht wurden? Wissen die Zuschauer nach diesem Film, dass Polen nach dem Überfall der Nazis und der Sowjetunion im Krieg über sechs Millionen Bürger verloren hat? Über drei Millionen waren polnische Juden! Ich möchte nicht glauben, dass die deutschen Filmemacher und das ZDF das alles gewusst oder verdrängt haben. Aber es offenbart, wie wenig oder nur oberflächlich nicht nur die dafür Verantwortlichen von der polnischen und europäischen Geschichte wissen. Der Dialog zwi-

schen Deutschen und Polen sollte auch und gerade in Kunst und Kultur über die Geschichte geführt werden. Über Geschichte, wie sie wirklich war. Deshalb ist es gut, wenn jetzt das ZDF einen Film über die polnische Untergrundarmee machen wird.

Der Revolution in Polen und in der ehemaligen DDR sei dank, dass wir heute in Polen und in ganz Deutschland Freiheit haben, auch die Freiheit, Filme zu machen, wie jeder das will. Bartoszewski: „Sie können alles machen was sie wollen, weil sie frei sind. Aber Freiheit bedeutet auch Verantwortung und mehr Freiheit mehr Verantwortung. Das ist das Dilemma der Demokratie. Als Demokrat bin ich der Meinung, die Freiheit kann man nicht begrenzen. Aber wenn wir unter keinen Bedingungen Freiheit begrenzen werden, werden wir das Menschenfressen bald dulden.“

Wer keine Verantwortung für die Geschichte übernimmt, sollte auch keine Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Wir Deutschen sollten den großen demokratischen Widerstand, den Kampf der Polen

und seine millionenfachen Opfer würdigen mit einem Denkmal für polnische NS-Opfer in Deutschland. Bartoszewski hatte schon im Vorfeld der letzten deutsch-polnischen Regierungskonsultationen ein solches Denkmal angeregt. Und in der Tat wäre es gut, wenn wir gemeinsam ohne „hektischen Druck“, ohne „Jubiläumshetik“ und mit ruhiger Überlegung ein polnisches Signal, polnische Zeichen und polnische Geschichte würdigen.

Wladyslaw Bartoszewski: „Zu dem deutsch-polnischen ‚Wunder der Welt‘ gehört das positive Wunder der Europäisierung der Menschen nach 1990. Die deutsch-polnischen Beziehungen haben so große Fortschritte gemacht wie keine anderen in Europa. Ich kenne keine zwei Länder, die so weit aus der weiten Entfernung bei Überwindung der Kluft, der bestehenden psychologischen Kluft, nicht unbegründeten, so weit aufeinander zugegangen sind. Ich bin seit 50 Jahren aktiv tätig zugunsten der polnisch-deutschen Annäherung, Versöhnung und Überwindung der Kluft und ich bin sehr zufrieden. ... Aber man muss die Normalität vorbereiten.“



Der Autor

Dr. rer. pol. Waldemar Ritter, Thema der Promotion: „Gesellschafts- und Staatsauffassung Kurt Schumachers“ (ersch. 1964), MD a.D., war 30 Jahre für deutschlandpolitische Grundsatzfragen und die innerdeutsche Kulturpolitik des Bundes verantwortlich. Er ist Autor wissenschaftlicher und anderer Werke zu Politik, Gesellschaft, Kultur und Geschichte. Er gilt als „Kulturarchitekt der deutschen Einheit in Freiheit“ (August Everding; Karl Heinz Reck, Sachsen-Anhalt, Präsident der Kultusministerkonferenz 1996). 1992 hielt Ritter die Laudatio zur Verleihung des GEDOK-Literaturpreises an Sarah Kirsch (vgl. auch S. 16).

Foto: Bozena Poniatowska

Erschossen in Moskau

Der Leipziger Theodor-Litt-Schüler Günter Malkowski

Von Gerald Wiemers

Noch zu Beginn der 50er Jahre verhängten Sowjetische Militärtribunale (SMT) auf dem Gebiet der „souveränen“ DDR hohe Lagerstrafen und fast tausend Todesurteile gegen meist junge Menschen. Die Denunziation und Festnahme erfolgte durch kommunistische deutsche Spitzel und die K 5, eine Vorläuferorganisation der Staatsicherheit der DDR. Verurteilt wurden hauptsächlich aussortierte oppositionelle Mitglieder der neben der KPD bereits 1945 zugelassenen Parteien SPD, CDU und LDPD. Dabei hatten sich Moskaus Dialektiker eine Spezialbehandlung für den historischen „Hauptfeind“ SPD einfallen lassen, die dem internen Motto des KPD-Chefmanagers Walter Ulbricht entsprach: „Es muss demokratisch aussehen, aber in der Hand haben müssen wir's.“ Die SPD wurde durch eine unter Nutzung des mächtigen Faktors Angst psychologisch vorbereitete Scheinvereinigung mit der KPD 1946 vernichtet. Wer sich widersetzte und nicht rechtzeitig in die Westzonen entkam, wurde eingesperrt. Zu den Verhafteten gehörte der hochbegabte junge Student Günter Malkowski aus Berlin. Lange Zeit galt er als „verschollen“. Endgültige Klarheit über sein Schicksal konnte erst nach der friedlichen Revolution in der DDR und in Mitteleuropa gewonnen werden. Dazu gehörte auch die zeitweilige Öffnung der russischen Archive in den frühen 90er Jahren.

Günter Malkowski wurde am 25. Oktober 1926 in Berlin geboren. Die Eltern, der Diplom-Kaufmann Alfred Malkowski und die Mutter Ilse, geb. Hennig, ließen sich allerdings schon zwei Jahre später scheiden. Günter blieb bei seiner Mutter und besuchte ab 1933 die Volksschule in Berlin und Anfang 1937 die Napola, eine nationalsozialistische Internatsschule in Potsdam. „Der

geistige Habitus dieser Erziehungsanstalt“, so resümiert er wenig später, „wurde durch das Bewusstsein des preußischen Kleinbürgers bestimmt.“ Mit Mittelschulabschluss verließ er diese NS-Eliteschule.¹ Als Luftwaffenhelfer und beim Arbeits-



Günter Malkowski

dienst wurde er auf die Militärzeit vorbereitet, dabei wird ihm die „Absurdität der nationalsozialistischen Ideologie“ bewusst. Er versucht sich eine fundierte Weltanschauung selbst zu erarbeiten, die sich zur „Triebfeder seiner späteren Studienabsichten“ verdichten soll. Einen gewissen geistigen Halt sucht er im „deutschen Idealismus von Kant bis Hegel.“²

Im Januar 1944 wird er zur Kriegsmarine eingezogen. Das Kriegsende erlebt er in Norwegen.

Seit 1943 ist seine Heimatadresse Taucha bei Leipzig. Dort lebten seine Mutter und der Stiefvater Paul Otto, der eine Gärtnerei besaß. Nach dem Zusammenbruch, dem Ende des Krieges, arbeitete Günter Malkowski als Waldarbeiter und Gärtner. Doch bald besucht er für kurze Zeit die Nikolai-Oberschule in Leip-

zig, die er als „Provisorium“ wahrnimmt. So ist er dankbar, als ihm im Zuge der Begabtenförderung „durch Herrn Prof. Theodor Litt die Möglichkeit zur Immatrikulation an der Leipziger Universität ermöglicht wurde.“ Litt war zu dieser Zeit Prüfungsleiter an der Zulassungsstelle für das Hochschulstudium. Malkowski schrieb sich für das Fach Kunstgeschichte am 21. November 1946 ein.³ Hier lehrten Johannes Jahn und Heinz Ladendorf, später Köln. Litt, dessen Lehrveranstaltungen er besuchte, las bis zu seinem Weggang 1947 Philosophie und Pädagogik. Die Finanzierung des Studiums ermöglichte ihm sein Stiefvater, wie er dankbar festhält.⁴

„Mit der politischen Entwicklung in der Ostzone“, schreibt Malkowski, „geriet ich in einen immer größer werdenden inneren Widerstreit.“ Seit Dezember 1945 ist er Mitglied der SPD und lehnt im April 1946 den Eintritt in die SED ab. Malkowski nimmt die Auflösung der humanistischen Schulbildung wahr und sieht die bürgerliche Gesellschaftsmoral „zertrümmert“. Als er am 4. Januar 1949 das Schaufenster des ersten neu eröffneten „Freien Ladens“ der HO in Leipzig einschlägt – die überhöhten Preise mögen ihn dazu getrieben haben –, folgt die Verhaftung durch die Volkspolizei und eine dreimonatige Untersuchungshaft, veranlasst durch die russische Staatsanwaltschaft und die K 5. Selbstkritisch nennt er die Tat einen „Amoklauf“. Man warf ihm Verbindung zum Ostbüro der SPD und sowjetfeindliche Hetze vor. Ende März wird er entlassen und geht sofort nach Berlin (West). Damit war die Studienzeit in Leipzig beendet, obgleich das Exmatrikulationsdatum mit dem 24. Mai 1949 festgehalten ist. Als die VP erneut nach ihm fahndet, verlässt er Berlin und arbeitet in der Nähe von Bochum im

Steinkohlenschacht. Seitdem engagiert er sich auch gewerkschaftlich. Ende Oktober 1949 verlassen die Eltern die DDR und ziehen nach Berlin (West). Sie fordern ihn auf, dorthin zurückzukehren.⁵

Zuletzt wohnte Günter Malkowski in Berlin-Wilmersdorf. Er bewirbt sich an der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin. Im Sommersemester 1950 nimmt er das Studium an der Deutschen Hochschule für Politik auf, die 1959 als Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften in die Freie Universität eingefügt wird.

Am 9. September 1951 wird er erneut verhaftet.⁶ Diesmal wird ihm die Beteiligung an einer Flugblattaktion der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)⁷ während der Leipziger Messe vorgeworfen sowie die Beteiligung bei der Schleusung eines Kuriers der ukrainischen Opposition durch die DDR. Das

berüchtigte sowjetische Militärtribunal Nr. 48240 verurteilt Günter Malkowski am 16. April 1952 wegen angeblicher „Spionage, antisowjetischer Tätigkeit und Propaganda und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation“ zum Tode durch Erschießen. Malkowski wurde, wie so viele andere, im Mai 1952 von Berlin-Lichtenberg über Brest-Litowsk in die Sowjetunion gebracht. Ein Mithäftling hat ihn am 7. Mai 1952 auf dem Transport zuletzt lebend gesehen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ein Gnadengesuch am 26. Juni 1952 ab. Das Urteil wird am 4. Juli 1952 in der Butyrka in Moskau vollstreckt, seine sterblichen Überreste verbrannt und die Asche anonym auf dem Friedhof des ehemaligen Klosters Donskoi bei Moskau bestattet.⁸

Auf Anfrage teilte die sowjetische Botschaft in Bonn der Mutter von Günter Malkowski 1960 mit, ihr

Sohn sei „1952 in sowjetischer Haft verstorben“.

1 Freie Universität Berlin, Universitätsarchiv, Deutsche Hochschule für Politik, Immatrikulationsakte, Lebenslauf Albert Malkowski v. 24. April 1950, S.1.

2 Ebda, S.2-3.

3 Universitätsarchiv Leipzig, Studentenakte 80685 Günter Malkowski, Bl. 3, Begabtenprüfung.

4 Wie Anm. 1, Lebenslauf Günter Malkowski v. 7. April 1949, Bl. 3.

5 Wie Anm. 1.

6 Jochen Staadt, Für die Freiheit. In: Freie Universität Berlin. Perspektiven. Bronzeskulptur von Volker Bartsch 2007. Berlin 2007. S.32.,

7 Vgl. Helmut Müller-Enbergs Rezension zu : Enrico Heitzer, „Affäre Walter“. Die vergessene Verhaftungswelle. Berlin 2008. In: H-Soz-u-Kult, 24.03.2009, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2009-1-240>> .

8 „Erschossen in Moskau ...“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953. Hrsg. V. Arsenij Roginski u.a. 2.Aufl. Berlin 2006. S.256.

Sarah Kirsch ist tot

Von Waldemar Ritter

Ich danke Dir, liebe Sarah, für Gedichte, die mich persönlich und politisch tief berührt haben und noch immer berühren. Sie sind spröde und stockend, manchmal sanft und fast liedhaft einfach und einprägsam. Das ist jedoch nur eine Seite. Es war und ist für mich Deine klare und gelegentlich sehr herbe Stimme in unserem so lange, viel zu lange geteilt gewesenen Land. Unvergessen, dass du Dir aus Protest gegen die Massenvernichtung der Juden den Vornamen Sarah vor 53 Jahren gegeben hast.

Sehr früh die Genauigkeit Deines Blicks beim langen Abschied aus der SED-DDR. In der DDR gab es nur billigen Schnaps und Zigaretten immer und überall zu kaufen. Und so sagte Sarah Kirsch, zu ihren Schaffensproblemen nach der sogenannten „technischen Revolution“

gefragt, der entrüsteten SED-Presse: „...dass der Tag nur 24 Stunden enthält, es in Halle keinen guten Kognak und kein Kohlepapier gibt, es demzufolge ebenso schwer ist wie vor der technischen Revolution, gute Gedichte zu schreiben.“

Ich bin Sarah Kirsch am Rande eines Kulturbesuchs in der DDR das erste Mal begegnet. Dann, 1978, bei ihrer ersten Lesung im Rheinischen Landesmuseum Bonn, nach ihrem entschiedenen Protest gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR, weswegen sie aus der SED und dem DDR-Schriftstellerverband ausgeschlossen wurde. Sie antwortete auf eine damals gar nicht so seltene, aber dennoch sehr naseweise Frage, wie ihr Wechsel in das „Ausland BRD“ auf sie wirke, mit der einfachen Feststellung „Ich bin in Deutschland geblieben.“



Sarah Kirsch

Sie sagte:

„Wenn ich in einem Haus bin, das keine Tür hat,
geh ich aus dem Fenster.
Mauern, Mauern und nichts als Gardinen.
Wo bin ich daß“

Und in einem anderen Gedicht rief sie den

„Freundbruder aus Wolfsland, wir wollen
unsere Blicke anzünden, an etwas glauben.“

Das ist Sarah Kirsch nicht bei allen gelungen. Aber bei denen, auf die es ankam. In Ost und West ist inzwischen einigen moralischen Autoritäten, auf die es nicht ankommt, ohnehin der Sockel abhanden gekommen.

Auch ihre Liebesgedichte wirken auf mich bis heute nicht nur durch ihre Verbindung von der Sehnsucht nach Liebe, Trauer, einzelnen Augenblicken von Glück und durch Diskretion, mit der beides mitgeteilt wird, sondern auch und gerade dadurch, dass viele Gedichte gleichzeitig politische Gedichte sind.

Wenn Sie
*„... den Königen schreiben,
 denen des Herzens und jenen des
 Staats. Und noch
 Erschrickt unser Herz
 wenn auf der anderen Seite des
 Hauses
 Ein Wagen zu hören ist“*

Das war die unverstellte Darstellung der Überwachung und Bedrohung durch Stasi und DDR-Diktatur. Ähnlich in ihrem Gedicht „Datum“ oder nur politisch im „Katzenleben“:

*„Aber die Dichter lieben die Katzen
 Die nicht kontrollierbaren sanften.“*

Nicht alle Dichter, wie wir seit der Revolution in der DDR wissen, aber die Anständigen, die Mutigen und die Besten mit dem aufrechten Gang.

Der „Sarah-Sound“ war authentisch, demütig und übermütig:

*„Lieber zu zweit verhungern als
 Einzeln
 Im goldenen Wagen spazieren
 fahren.“*

Als ganz persönlich geschrieben habe ich ihr erstes Gedicht in der Sammlung „Rückenwind“ verstanden. Nach der Wiedervereinigung konnte es so gelesen werden, als hätte sie über die Notwendigkeiten der damaligen Situation in Deutschland nachgedacht:

*„Von jetzt ab teil ich mit dir
 von jetzt ab teilst du mit mir
 jedwede Freude, jedweden Zorn“*

Auch die Ablehnung der ihr angetragenen Wahl in die Berliner Akademie der Künste, die sie als „Schlupfbude“ für ehemalige Staatsdichter und Stasi-Zuträger bezeichnet hat,

ist Sarah-Sound. Besonders das Verhalten der Christa Wolf wollte sie nicht entschuldigen. Auf meine Frage nach Versöhnung überraschte sie mich mit der Antwort: „Du bist ein Christ“, so viel Christsein sei ihr nicht möglich.

Marcel Reich-Ranicki hat sie als „Drostes jüngere Schwester“ gepriesen: „Erotisch ist nicht nur ihr Verhältnis zu den Menschen, sondern auch zur Heimat und zur Natur, zum Geist und zur Literatur, ja sogar zur Politik.“ Eine Poetin der Schönheit und Bedrohtheit des Lebens.

Streitbar ist diese große Dichterin gewesen, vor allem gegen die totalitären Diktaturen wie den Nationalsozialismus und seine Nachwirkungen und den Kommunismus in der DDR.

Liebe Sarah, sei umarmt und bedankt!

Du hast eine Sammlung deiner Gedichte „Zaubersprüche“ genannt. Ja, ich hoffe, dass Hexen, gäbe es sie, diese Gedichte als Fachliteratur nutzen könnten.

Die Redaktion gratuliert

zum 75. Geburtstag von Dr. Helmut Ritzer, dem Vorsitzenden des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern), einem Franken, wie er im Buche steht – ein Politiker, der nicht viel redet, dafür aber handelt, organisiert und effektiv arbeitet.



Aus dem BWV-Bayern

Vor 68 Jahren: Amerikanische Truppen befreiten das KZ Dachau

Von Robert Hagen

„Am 22. März 1933, wenige Wochen nachdem Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, wurde in Dachau ein Konzentrationslager für politische Gefangene errichtet. Es diente als Modell für alle späteren Konzentrationslager und als ‚Schule der Gewalt‘ für die Männer der SS, unter deren Herrschaft es stand. In den zwölf Jahren seines Bestehens waren hier und in den Außenlagern über 200.000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert. 41.500 wurden ermordet. Am 29. April 1945 befreiten amerikanische Truppen die Überlebenden.“ (Quelle: KZ-Gedenkstätte Dachau). Dieses Jahr wurde am 5. Mai der

Befreiung des Lagers gedacht. Über hundert Delegationen aus über 25 Staaten waren angereist.

Der Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) nahm traditionell an den Feiern teil und legte zum Gedenken einen Kranz am Internationalen Mahnmahl nieder.

In der Zeremonie vor dem ehemaligen Krematorium und am Grabmal des unbekanntes Häftlings sprach Max Mannheimer, der Ehrenvorsitzende des BWV-Bayern, in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Comité International de Dachau (CID) und als Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau. Dabei schrieb er der Bundesregierung

ins Stammbuch, Konsequenzen aus den Morden des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) zu ziehen und ein Verbot der NPD entschlossen anzugehen. „Organisationen, die die Zerstörung der Demokratie aktiv betreiben, dürfen nicht auch noch durch ebendiese finanziert werden“. Es sei unverständlich, dass es bislang nicht gelungen sei, diese Partei der Neonazis zu verbieten. Dass sich besonders auch junge Menschen von der allen Menschenrechten hohnsprechenden Ideologie verführen lassen, erfüllt ihn mit besonderer Sorge.

Er erinnerte daran, dass der Nationalsozialismus in München seinen



Mitglieder der Delegation des BWV Bayern: Dr. Edith Raim; Robert Hagen; Dr. Ernst Raim.



Bernd Sibler, Kultusstaatssekretär; Pieter Dietz de Loose, Président CID; Karl Freller MdL, Direktor Stiftung Bayerische Gedenkstätten.

Anfang nahm. Und dass damals, während alljährlich in der Stadt das Oktoberfest auf der nur wenige Kilometer entfernten „Wies'n“ hörbar gefeiert wurde, im nahen Dachau die Häftlinge die Hölle durchlitten. Er rief dazu auf, alles zu tun, um dieser verbrecherischen Ideologie dauerhaft den Boden zu entziehen.

Der Vorsitzende des Comité International de Dachau (CID) Pieter Dietz de Loos, Sohn eines der Mitgründer des CID¹, knüpfte daran an: „Nie wieder!“, sagte er, „Nie wieder?“, so fragte er sich. „Dass ich nicht lache!“. Und er erinnerte an die anhaltenden Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen in vielen Regionen dieser Welt. Auch in Europa sei das Wiederaufleben eines offenen Antisemitismus zu erleben. Er sprach auch die schwierige Situation an, unter denen das Volk der Sinti & Roma, Opfer von damals, heute wieder in Teilen von Europa zu leben hätten. „Das ist angesichts des Schicksals ihrer Volkes unerträglich“, sagte er, gerade auch weil mit der Gründung und Entwicklung der Europäischen Union so vieles erreicht, großartige Fortschritte in Sachen Demokratie und Menschenrechte gemacht wurden.

Als Vertreter der Bayerischen Staatsregierung erinnerte der Kultusstaatssekretär Bernd Sibler in seiner Ansprache auf dem Appellplatz an die Befreiung des KZ durch amerikanische Truppen. Bezugnehmend auf den laufenden Prozess über die „beschämende NSU-Mordserie“ stellte er fest, dass Demokratie Erinnerung brauche und „wir mit der

Erinnerungsarbeit noch lange nicht zu Ende“ seien. In der Immunisierung gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie in der Stärkung des Bewusstseins für die Werte der freiheitlichen Demokratie sieht Bernd Sibler einen „zentralen Auftrag an Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung“. Dabei plädierte er für den Ausbau der bayerischen Gedenkstätten zu „Zentren der Erinnerungskultur“.

Umrahmt wurde die Feier durch die feierliche Musik einer Gruppe von Musikern aus der Nähe von Oradour-sur-Glane². Dort hatte die Waffen-SS 1944 ein Massaker unter Zivilisten angerichtet.

„Die Reihen der Überlebenden haben sich stark gelichtet“ hatte Max Mannheimer konstatiert. Läuft die jährliche Gedenkfeier Gefahr, zu einer Routine für die noch verbleibenden Zeitzeugen, für die offiziellen Gäste und für die organisierten Besucher zu werden und schließlich der Historisierung anheim zu fallen?



Dr. h. c. Max Mannheimer (rechts) nach seiner Rede.

Auf den ersten Blick und als regelmäßiger Teilnehmer könnte man diesen Eindruck gewinnen. Wenn da nicht einige Zeichen wären, die dagegen sprechen: Zum einen die bewegenden Augenblicke, als die Schicksale von 15 Opfern in ihrer jeweiligen Landessprache vorgetragen wurden. Da lag über dem Appellplatz zwischen den einzelnen Lesungen diese Stille der Betroffenheit und der Beklemmung. Und da waren an diesem Sonntagmorgen eine überraschend große Anzahl jugendlicher gekommen. Schülerinnen und Schüler aus Dachau, mit den Flaggen aller Häftlingsnationen, bildeten einen hoffnungsvollen Kontrast vor den Tod und Gefangenschaft dokumentierenden Zäunen des KZ. Und in der eindrucksvollen Ausstellung der Gedenkstätte sah man wieder eine erstaunlich große Menge Jugend. Also keine Routine, kein eingespieltes Ritual, sondern bemerkenswerte Zeichen einer lebendigen Erinnerungskultur.

An einem solchen Tag wurde den Teilnehmern des BWV-Bayern die Bedeutung von Erbe und Auftrag ihrer Vereinigung erneut eindringlich bewusst, die Erinnerung an Widerstand und Verfolgung in der Epoche der totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts lebendig zu halten und das Erbe der Widerstandskämpfer und Verfolgten in Fleisch und Blut unseres Volkes übergehen zu lassen.

¹ Das erste Internationale Häftlingskomitee nahm noch am Tag der Befreiung in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Armee seine Arbeit im Rahmen der internen Organisation und Auflösung des Lagers auf. 1950 und 1955 wurde es erneut von ehemaligen Häftlingen gegründet.

² Die Bluttat im französischen Oradour (Limoges) gilt als eines der schlimmsten Wehrmachts-Verbrechen des 2. Weltkrieges. Fast alle seiner über 600 Einwohner wurden ermordet, der Ort komplett zerstört. Seit 2009 besteht auf Initiative des Direktors der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, Karl Freller, eine enge Verbindung zur dortigen Gedenkstätte. Siehe auch http://www.muenchen.info/ba/03/ba_info/Erinnerung%20NS/Muenchen_im_Dritten_reich/gegen_Vergessen_Gedenk03.pdf

Der Autor

Robert Hagen ist Ansprechpartner und Geschäftsführer des BWV-Bayern

„Freiheitsbäume“

Poetisches Kunstprojekt aus München findet neue Form des Gedenkens

Wie gestalten wir Erinnerungsarbeit, wenn die Zeitzeugen gestorben sind? Paul Huf und Lars Mentrup haben mit ihrem Kunstprojekt „Freiheitsbäume“ in München eine unerwartete und poetische Antwort gefunden.

Von Lars Mentrup

Der Platz der Freiheit in Neuhausen – ein fast vergessener Ort in München?

Der Münchner „Platz der Freiheit“ ist ein unbekannter, um nicht zu sagen; fast vergessener Ort, liegt er doch an der lauten und stark befahrenen Landshuter Allee, die von der Leonrodstraße gekreuzt wird. Der Neuhauser Platz trug bis kurz nach dem 2. Weltkrieg den Namen „Hindenburgplatz“. 1946 wurde er umbenannt in „Platz der Freiheit“ und den Opfern des Nationalsozialismus gewidmet. 1985 wurde ein Gedenkstein für die Widerstandskämpfer in der NS-Zeit aufgestellt. Insgesamt wirkt der formal schön gestaltete Platz unbenutzt und vernachlässigt, die vorhandenen Parkbänke sind eher marode und brüchig, nichts lädt zum Verweilen ein. Jährlich wird in einer typischen Gedenkveranstaltung ein Kranz niedergelegt. Ein Passant beschreibt den Platz so: „Ich habe hier jahrelang gewohnt und habe den Platz vorher noch nie wahrgenommen“.

Lampions und Banner im Gedenken an die Widerstandskämpfer

Am Wochenende nach dem „Tag der Befreiung“ (10./11. Mai 2013) belebten Paul Huf und Lars Mentrup den fast vergessenen Platz neu. Auf unerwartete und poetische Weise gedachten sie der Widerstandskämpfer in der NS-Zeit. In den „Freiheitsbäumen“ leuchteten



Freiheitslampions bei Nacht tauchen den Platz der Freiheit in ein neues Licht.
Foto: Paul Huf

hunderte Lampions in allen Farben. Auf langen, in den Bäumen hängenden Bannern waren die Namen derjenigen geschrieben, die für die Freiheit gekämpft hatten.

In ihrem zweiten Projekt mit dem Oberthema „Neue Formen des Gedenkens“ (s. FREIHEIT UND RECHT Dezember 2011/3+4, S. 5) luden die Künstler die Bevölkerung ein, mit ihnen gemeinsam an diesem besonderen Platz an zwei Maiabenden zu picknicken. Die Teilnehmer hatten die Gelegenheit, ihre Gedanken und Gefühle zu Freiheit und Widerstand auf weitere Banner zu schreiben. Wer wollte, konnte sich seine Brotzeit mitbringen und gemeinsam ein stilles, aber fröh-

liches Fest im Geiste der Freiheit feiern.

„Der Platz sieht ganz verzaubert aus!“

Manche Besucher liefen auf dem Platz umher und suchten auf den Bannern nach Widerstandskämpfern und waren überrascht, wie wenige ihnen bekannt waren. Andere suchten ihren „Lieblingswiderstandskämpfer“ wie die Mitglieder der Weißen Rose und Georg Elser. Im anrainenden indischen Restaurant mit Blick auf den Platz wurde das Bedienungspersonal auf die Platzgestaltung angesprochen, und dieses konnte die Bedeutung wiedergeben. Des Nachts kam ein

vorheriger Besucher heimlich mit einer kleinen Musikanlage wieder auf den Platz, schaltete die Lampions wieder ein und genoss die Platzgestaltung nochmal ganz für sich allein.

Verankerung in den Köpfen

Das vom Münchner Kulturreferat mit 10.000 Euro geförderte Projekt „Freiheitsbäume“ bildete so für kurze Zeit eine sichtbare soziale Skulptur. Es verband das Gedenken an Freiheit und Widerstandskampf mit der Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Viertel, ermöglichte die Aneignung des Platzes durch die Bürger und stiftete Identifikation mit dem Thema. Der Platz der Freiheit und seine Bedeutung wurden mit künstlerischen Mitteln im Bewusstsein der Bevölkerung verankert.

Ein unsichtbares Netz der Erinnerns

Doch dabei blieb es nicht allein: während des Abbaus wurden die Lampions an Münchner Bürger weitergegeben. Es kamen viele Besucher von Freitag und Samstag, um einen Lampion zu bekommen und so das Erinnern mit nach Hause zu nehmen. Zuhause aufgehängt, wirkt nun die Erinnerung an den Widerstand und den Platz der Freiheit weiter – und es spannt sich ein unsichtbares Netz des Erinnerns über München.



Banner mit den Namen von Toni Pülf und Sophie Scholl in den Freiheitsbäumen am Münchner Platz der Freiheit - Paul Huf und Lars Mentrup gedenken der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus.
Foto: Paul Huf



„Weitergabe der Freiheitslampions an Münchner – die Erinnerung wird weitergetragen“.

Foto: Lars Mentrup

Im Internet finden Sie mehr Informationen und Bilder sowie ein Video.

www.
[freiheitsbaeume.de](http://www.freiheitsbaeume.de)

<http://www.youtube.com/user/paulhuf1/videos>

Neuerscheinungen

Wolfgang Kraushaar:

„Wann endlich beginnt bei euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“

München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus

Reinbek 2013 (Rowohlt-Verlag) 875 S., 39,95 €

Aus der Frühgeschichte des bundesdeutschen Linksterrorismus

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar geht in seinem Buch „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus“ den Hintergründen von vier Anschlägen im Februar 1970 nach. Für seine Auffassung, wonach es sich hierbei um eine Kooperation von deutschen und palästinensischen Terroristen gehandelt habe, kann er indessen keine definitiven Belege, aber sehr wohl einige Indizien präsentieren.

Der Satz „... wann endlich beginnt bei Euch der organisierte Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ findet sich in einem „Brief aus Amman“, der von dem Achtundsechziger Kommunisten Dieter Kunzelmann in der Szene-Zeitschrift „Agit 883“ im November 1969 veröffentlicht wurde. Nur wenige Tage zuvor kam es unter seiner Anleitung zu einem Anschlagversuch auf das Jüdische Gemeindezentrum in Berlin, ausgerechnet am Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November. Die Bombe explodierte nicht – ob aus politischer Absicht oder aus technischem Versagen nicht, ist bis heute ungeklärt. Ihr zum Opfer gefallen wären ältere Juden, meist Überlebende des Holocaust. Der Initiator war kein Alt- oder Neonazi, sondern ein „Linker“, der seine Solidarität mit den Palästinensern damit zum Ausdruck bringen wollte. Diese Geschichte arbeitete der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar, Mitarbeiter im Hamburger Institut für Sozialforschung, akribisch in seinem bereits 2005 erschienenen Buch „Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus“ auf.

Der einleitend erwähnte Satz bildet auch den Haupttitel eines Nachfolgebandes zum Thema, der den Untertitel „München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus“ trägt. Darin geht er ausführlich auf fast 900 Seiten den Hintergründen von vier Anschlägen im Februar 1970 nach: Am 10. Februar scheitert die geplante Entführung einer El-Al-Maschine durch ein palästinensisches Terrorkommando dank des beherzten Eingreifens eines Passagiers in München-Riem, wobei

ein Mensch getötet und elf Menschen schwer verletzt wurden. Am 13. Februar findet ein Brandanschlag auf die Israelitische Kultusgemeinde München statt, wobei sieben Bewohner getötet und neun verletzt werden. Am 21. Februar muss ein Flugzeug der Austrian Airlines aufgrund eines Bombenanschlags notlanden, wobei es aber glücklicherweise keine Verletzten gab. Und am gleichen Tag stürzt eine Maschine der Swissair in Richtung Tel Aviv ebenfalls aufgrund eines Anschlags ab, wobei 38 Passagiere und neun Besatzungsmitglieder ums Leben kommen.

Auch für die beiden letztgenannten Aktionen werden palästinensische Terroristen verantwortlich gemacht. Der opferreiche Brandanschlag auf die Israelitische Kultusgemeinde war seinerzeit für den späteren Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland Heinz Galinski die Fortsetzung des Anschlags vom 9. November 1969. Auch für Kraushaar ist dem so. Er geht darüber hinaus von einem inneren Zusammenhang der Ereignisse aus: „Denn es ist zu fragen, ob die Abfolge mehrerer terroristischer Aktionen innerhalb von nur wenigen Tagen an ein und demselben Ort mehr als nur ein Zufall gewesen ist. Es spricht einiges dafür, dass es sich hier um eine Serie handelte, hinter der möglicherweise ein Regisseur gestanden hat. Eines aber steht auf jeden Fall fest: die Anschläge verbindet eine gemeinsame Zielsetzung. Sie richteten sich gegen israelische Staatsbürger und in der Bundesrepublik lebende Juden“ (S. 673). Für Kraushaar sind sie darüber hinaus die Folge einer engen Kooperation deutscher Linksterroristen und palästinensischer Nationalterroristen.

Dafür kann der Autor indessen keine Beweise, sondern lediglich Indizien vorlegen. Sie bestehen in Hinweisen auf die fanatisch antiisraelische Prägung von Achtundsechzigern wie Dieter Kunzelmann und Fritz Teufel, die auch nachweislich enge Kontakte mit palästinensischen Terroristen pflegten. Doch aus politischen Verbindungen müssen noch nicht notwendigerweise gemeinsame Gewaltaktionen folgen. Genau dies legt der Autor aber mit seiner Darstellung nahe, ohne es aber dezidiert behaupten oder beweisen zu können. So sehr man seine Fachkenntnis und seinen Rechercheeifer schätzen mag, so viel Skepsis und Zurückhaltung bedarf es dann doch gegenüber dieser zugespitzten Deutung. Kraushaar listet eine Reihe von Fakten auf, welche dazu passen. Er ignoriert aber gegenteilige Gesichtspunkte, was dann nicht für seine Differenziertheit spricht. Auch hätte er die These aus dem Untertitel „über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus“ näher erläutern können. So bleiben all zu viele Fragen zu einem interessanten Kapitel der Nachkriegsgeschichte offen.

Armin Pfahl-Traugber

Andreas Vollmer

Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG).

Entstehung, Geschichte und Bilanz.

Baden-Baden 2013, (Nomos-Verlag) 499 Seiten

Das zwiespältige Erbe der WASG

Die Fusion mit der PDS zur Partei DIE LINKE besiegelte 2007 formal das Ende der WASG, jener westdeutschen Kleinpartei, die sich erst drei Jahre zuvor aus Enttäuschung über Gerhard Schröders „Agenda“-Politik von der SPD abgenabelt hatte. Ihrer Kurzlebigkeit ist es wohl geschuldet, dass die WASG heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist – zu Unrecht allerdings, genießen doch die Protagonisten von einst noch heute großen Einfluss innerhalb der LINKEN. Der Münchner Politikwissenschaftler Andreas M. Vollmer hat nun die erste Gesamtdarstellung der WASG vorgelegt. Seine Chemnitzer Dissertation verfolgt minutiös die kurze, aber spannende Geschichte dieser Partei, die sich ursprünglich als wahre Sozialdemokratie verstehen wollte, aber im Zuge der Bundestagswahl 2005 mit der PDS paktierte und diese schließlich nach der regelrechten Fusion radikalisierte. Es ist paradox: „Die WASG und die Linkspartei.PDS waren vor dem Zusammenschluss gemäßiger“ (S. 421). Trotzdem – oder gerade deswegen – feierte DIE LINKE bis ins Jahr 2010 hinein unerwartete Wahlerfolge in den alten Bundesländern, einem der alten PDS politisch verschlossenen Terrain.

Vollmer unterscheidet vier Entwicklungsphasen der WASG. Die ersten zwei umfassen die Entstehung der beiden Ursprungsinitiativen – der gewerkschaftsnahen, am Sozialstaat orientierten ASG und der in den sozialen Protestbewegungen verankerten, an einem breiten linken Bündnis interessierten „Wahlalternative“ – bis zur Parteigründung und dem Wahlantritt in Nordrhein-Westfalen 2005. Diese Entwicklung beschreibt der Autor als einen „für Linke untypischen, von oben nach unten gesteuerten Aufbauprozess.“ (S. 69) Konflikte zwischen den beiden Lagern waren nicht zuletzt aus diesem Grund unvermeidlich. Die dritte – wohl spannendste – Phase gleicht einem Husarenritt. Die auf 2005 vorgezogenen Bundestagswahlen und die Bereitschaft Oskar Lafontaines, als Spitzenkandidat eines neuen Linksbündnisses zu fungieren, eröffneten WASG und PDS eine einmalige Chance. Unter immensem Zeitdruck einigten sie sich auf einen Wahlpakt – wobei die PDS (noch) den Ton angab und Vorbehalte der WASG zerstreute. Von nun an nahm die gemeinsame Bundestagsfraktion die künftige LINKE als eine Art Referenzprojekt vorweg. Die eigentliche Fusion – Phase vier – war im Nachhinein betrachtet nur noch Formsache, tatsächlich aber eine schwere Geburt. Die anfangs auch ideologisch auftrumpfende PDS gab mehr und mehr nach, um das Projekt nicht zu gefährden. Kenntnisreich führt uns der Autor durch den Dschungel der verschiedenen Strömungen, die sich auf beiden Sei-

ten formierten. Deren Zerwürfnisse sollten später die Auseinandersetzungen in der LINKEN prägen.

Dem Erbe der WASG in der LINKEN widmet sich der umfangreichste Abschnitt. In der „neuen“ Partei bildeten sich Allianzen, die zuvor niemand für möglich gehalten hätte. Ausgerechnet die „Sozialstaatsfraktion“ des späteren LINKEN-Chefs Klaus Ernst fand mit den orthodoxen Kommunisten der PDS zusammen und stellte deren „Reformer“ ins Abseits, wobei ein kategorischer Antikapitalismus als einende Klammer und die von Lafontaine betriebene strikte Abgrenzung zur SPD als Katalysator fungierten. Zusammen mit dem in der PDS eher auf Ausgleich bedachten Lothar Bisky schaltete Lafontaine auf ostentative Systemopposition um. Der Extremismus der LINKEN ist zwar nicht Vollmers Kernthema. Breiten Raum nimmt jedoch die Rolle trotzkistischer Gruppierungen ein, die sich in der WASG (in einem Fall renitent und erfolglos, in einem anderen klandestin und erfolgreich) in der WASG eingenistet hatten. Diese hatte nicht nur Demokraten in DIE LINKE gebracht. Noch heute bekleiden Protagonisten trotzkistischer Kleingruppen wichtige Funktionen in der Partei. Den Einfluss der WASG-Leute der ersten Stunde sieht Vollmer schwinden. Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass die strukturellen Privilegien, die die PDS der WASG einst einräumte, bald wegfallen werden. Angesichts der jüngsten Wahlniederlagen der LINKEN im Westen, die Vollmer vielleicht etwas vorschnell dem Abgang Lafontaines zuschreibt, ist die Frage nicht ganz aus der Luft gegriffen: Wird DIE LINKE wieder zur PDS? Die aus der WASG kommenden Funktionäre haben die Schwanengesänge längst vernommen und fürchten die Rückkehr der PDS-„Reformer“ an die Macht.

Vollmers Studie besticht durch dreierlei: eine überzeugende Gliederung, die unter anderem den Wandel im Verhältnis von SPD (Ignoranz wick Ängsten) bzw. der PDS (Skepsis wick Begehrlichkeiten) zur WASG plastisch nachzeichnet, ein stupendes Detailwissen – „Gesamtdarstellung“ ist in diesem Fall ein Prädikat – und schließlich eine unpräntöse, schnörkellose Sprache. Vielleicht hätte sich der Autor mit der ausführlichen, den Leseffluss hemmenden Zitation von Quellen etwas mehr zurückhalten und stattdessen größeren Mut zur thesenhaften Zuspitzung zeigen sollen. *Jürgen P. Lang*

Horst Bienek

Workuta

Göttingen 2013 (Wallstein Verlag) 80 S., 14,90 €

Das Elend hinter langem Schweigen

23 Jahre nach dem viel zu frühen Tod von Horst Bienek hat der ehemalige Herausgeber seiner literarischen Werke ein Büchlein von 80 Seiten mit dem schlichten Titel „Workuta“ veröffentlicht. Wie kam es dazu?

Horst Bienek war 1990 auf der Leipziger Frühjahrsbuchmesse bei einer Lesung, wo ehemalige Häftlinge

vor Publikum von ihren Erfahrungen im GULag, im nordsibirischen Workuta, erzählten. Nach dem Zusammenbruch der DDR, wo sie zum Schweigen verdammt waren, muss es nur so aus ihnen herausgeströmt sein. Einige erkannten ihn wieder. Ein ehemaliger Häftling hörte gar nicht mehr auf zu reden. Sichtlich bewegt und nass geschwitzt stellte er Bienek die Frage, warum er so viele Bücher geschrieben habe, aber nie eins über Workuta. Bienek wusste nicht zu antworten und schwieg. Er fuhr nach Hause und fing seinen Workuta-Bericht an. Er verfasste ihn chronologisch, sachlich und nüchtern. Doch der Leser bekommt eine Ahnung davon, was es heißt, in die Hände der NKWD-Schergen zu fallen.

Horst Bienek wurde im November 1951 in Potsdam verhaftet. Im Unterschied zu den Nazis, die sofort zuschlugen und folterten, hatten die sowjetischen Vernehmer die asiatische Ruhe. Bienek beschreibt, wie er drei Tage hintereinander in die Verhörtzelle gebracht wurde, ohne dass ein einziges Verhör geführt wurde. Der Vernehmer ignorierte ihn und schrieb bis zum Morgen grauen irgendwelche Dinge nieder. Am dritten Tag bekam Bienek einen Schreikrampf. Wieder wurde er in seine Zelle gebracht. Erst nach einigen Tagen fingen die Verhöre an.

Er beschreibt die ganze Absurdität der Vorwürfe und Anklagen. In seiner Wohnung seien westliche Zeitungen gefunden worden. Und er habe ein Telefonbuch von Potsdam nach West-Berlin befördert, was Bienek auch zugab. Weiterhin habe er verbotene Literatur von der „Spionagegruppe“ Rote Kapelle aufbewahrt. Bienek gab zur Antwort, dass er über die Tänzerin Liane Berkowitz, die der Roten Kapelle angehörte und 1943 von den Nazis hingerichtet wurde, einen Artikel schreiben wollte.

All das reichte dem sowjetischen Militärtribunal aus, um Bienek nach dem berüchtigten Gummiparagraphen 58 StGB der RSFSR wegen angeblicher Antisowjet-hetze und Spionage zu 20 Jahren Zwangsarbeit zu verurteilen. Bienek beschreibt, was in diesem Moment in ihm ablief. „Ich war wie versteinert. Meine Seele war wie aus Blei. Ich konnte nicht sprechen. Mein Blut pulsierte nicht.“

Dann kam der Transport über Berlin-Lichtenberg, Warschau nach Moskau. Die Häftlinge hatten Zeit, sich ihre

Geschichten zu erzählen. Bienek beschreibt, wie zwei Sozialdemokraten meinten, dass Kurt Schumacher sie wieder rausholen würde. Der eine hatte schon unter den Nazis vier Jahre im Zuchthaus gesessen, der andere hatte sich darüber beschwert, dass ein russischer Panzer das frisch angelegte Saatgut auf den Feldern zerstöre. Das reichte für 20 Jahre wegen „konterrevolutionärer“ Tätigkeit.

Die Häftlinge hofften, dass sie in Deutschland bleiben und etwa nach Waldheim oder Bautzen verbracht würden. Aber sie landeten schließlich im völlig überfüllten Moskauer Butyrka-Gefängnis. Dort verweilten sie einige Wochen bis es „endlich“ weiter ging. Der Transport von Moskau nach Workuta – in vollbeladenen Viehwaggons – dauerte vier Wochen!

Während des Transports hatte er die ersten Begegnungen mit den Blatnois, den russischen Kriminellen. Mit denen sollte man sich nicht anlegen, wenn man den nächsten Tag erleben wollte. Die Blatnois hielten sich die ganz jungen Knaben für ihre Lustspiele und vergewaltigten sie, wann und wie sie wollten. In Workuta hatte einer der Blatnois es auf Bienek abgesehen. Er konnte sich durch ein geschicktes Manöver aus dieser brenzligen Situation retten.

Der Brecht-Schüler musste im 29. Kohleschacht arbeiten. Die Norm schaffte er nie. Ein Litauer nahm sich seiner an. „Nein, es kann wohl keine Freude für ihn gewesen sein, mit mir zu arbeiten. Aber er klagte nicht. Er schuftete für zwei.“

Und hier bricht der Workuta-Bericht abrupt ab. Der Leser hat sich eingelesen und hätte gerne mehr erfahren. Auch über den Lageraufstand 1953 und dessen Niederschießung, die Bienek überlebt hat. Schwer gezeichnet durch seine Erkrankung konnte der Schriftsteller seinen Workuta-Bericht nicht zu Ende führen, er starb am 7. Dezember 1990.

Brecht, dieser große Theatermann vom Berliner Ensemble hat sich nicht für seinen Meisterschüler eingesetzt. Er schwieg. Und Helene Weigel schickte zwei Mitarbeiter nach Potsdam, um sich zu erkundigen, wo der junge Bienek blieb. Als sie erfuhr, dass er vom Staatssicherheitsdienst verhaftet wurde, soll Weigel gesagt haben: „Vielleicht war Bienek doch ein amerikanischer Spion. Man verhaftet doch bei uns nicht so einfach unschuldige Leute.“

Seine offizielle Rehabilitierung vom 18. Oktober 1991 erlebte Bienek nicht mehr. Im Aufhebungsbeschluss der russischen Behörden vom 1.9.1994 heißt es sinngemäß, dass die Übergabe eines frei erhältlichen Telefonbuchs nicht als Spionage gewertet werden könne. Ebenso wenig das Lesen und Aufbewahren von westlichen Zeitungen

Stefan Krikowski